

**INFORMATIONSDIENST DER PLATTFORM EDUCARE**

**Von:** INFORMATIONSDIENST DER PLATTFORM EDUCARE [informationsdienst@plattform-educare.org]  
**Gesendet:** Dienstag, 12. April 2011 15:30  
**An:** saskia.sautner@staedtebund.gv.at; presse@gruene.at; hiphaus@kirche.at; karin.wolf@ph-noe.ac.at; pk@parlament.gv.at; Kindergartenaufstand@gmx.at; michaela.zlamal@wien.gv.at; matias.meissner@ssr-wien.gv.at; plattform25@gmail.com; Amann-Oelz@FreieSchulwahl.at; Volksbegehren Bildungsinitiative Markus Zinsberger; Volksbegehren Bildungsinitiative Petra Schordan; Volksbegehren Bildungsinitiative, Dr. Ingrid Vogl; winfried.moser.nfo-educare@blogger.com; dominik.nepp@fpoe.at; poststelle@destatis.de; anton.heinzl@noel.gv.at; post.vpklub@noel.gv.at; pk@parlament.gv.at; office@bizeps.or.at; ingrid.lechner-sonnek@gruene.at; siegfried.schrittwieser@stmk.gv.at; schaffelhofer@kinderjugendgesundheit.at  
**Cc:** redaktion@frontal.at; Chefredaktion KLEINE ZEITUNG Chefredakteur Mag. Hubert Patterer; ORF Radio Steiermark  
**Betreff:** Sammelmeldung13.04.2011 - mit Stellungnahme zur Aussage von LR Schrittwieser über die "Belastigung von Kindern mit Frühförderung", wenn keine Verbesserung möglich ist...

**Plattform EduCare**  
*elementare und außerschulische Bildung*  
**Informationsdienst**  
<http://www.Plattform-EduCare.org>  
[informationsdienst@Plattform-EduCare.org](mailto:informationsdienst@Plattform-EduCare.org)



**ÜBERSICHT ÜBER DIE THEMEN DIESER AUSSENDUNG DES INFORMATIONSDIENSTES  
 VOM 12.04.2011 15:29:27**

**TOP-THEMA**

[Kindergarten: Frühförderung als Starthilfe. Zu große Gruppen in Kindergärten, schlecht ausgebildetes Personal: Pädagogen sind frustriert.](#)

[Siehe auch: Kindergärtnerin muss hoch bezahlt sein](#)

**MEINUNG**

[Weg vom Wutbürger – hin zum Mutbürger: BILDUNGSINSTITUTIONEN GRUNDLEGENDE VERÄNDERN!](#)

[Hoffen auf neuen Schwung: Katholische Elternvereine für Bildungsvolksbegehren](#)

[Die alternative Budgetrede der Plattform 25 am 11.4.2011](#)

[Nächste Groß-Demo gegen Sparpaket am 26. April](#)

[Alternative Privatschulen fordern Gesetzesnovelle](#)

**ZUR DISKUSSION**

["Die strukturelle Feigheit teilt Pröll mit Faymann" – Bernd Schilcher, bildungsbegehrender Schwarzer, über chronische Reformlust, schulische Rückzugsgefechte der ÖVP und darüber, wieso diese ihre Zukunft in der Vergangenheit suchen sollte](#)

**STUDIE**

[Mangelnde Bildung kostet Milliarden - Schlechte Bildung und fehlende Berufsabschlüsse sind teuer: Einer neuen Studie zufolge kosten Schul- und Ausbildungsabbrecher den Staat jährlich Milliarden.](#)

**WERTES UNWERTES LEBEN - BEHINDERUNG – MENSCHEN MIT BESONDEREN BEDÜRFNISSEN**

[Schrittwieser-Sager sorgt für Aufregung](#)

[Steirische Grüne nach SPÖ-Aussage zu Frühförderung empört](#)

[Lechner-Sonnek fordert "Sozial-Landesrat" Schrittwieser auf sich zu entschuldigen!](#)

**WERTES UNWERTES LEBEN**

**BILDUNGSANSTALTEN FÜR KINDERGARTENPÄDAGOGIK**

[Übersicht BAKIP's](#)  
[Übersicht Aus- & Fortbildung an BAKIP's](#)

→ [Siehe auch: Kindergarten: Frühförderung als Starthilfe. Zu große Gruppen in Kindergärten, schlecht ausgebildetes Personal: Pädagogen sind frustriert.](#)

→ [Siehe auch: Weg vom Wutbürger – hin zum Mutbürger: BILDUNGSINSTITUTIONEN GRUNDLEGENDE VERÄNDERN!](#)

**BILDUNG, BILDUNGSPLANUNG, BILDUNGSPOLITIK**

[Elementarpädagogische Datenbank](#)

[Katholische Elternvereine unterstützen Lindrosch](#)

[Katholische Elternvereine unterstützen Bildungsvolksbegehren](#)

[Bildungsvolksbegehren: Unterstützung durch Katholische Elternvereine](#)

[KNÖ unterstützt Bildungsvolksbegehren](#)

[Studie: Schlechte Bildung führt zu Milliardenkosten - Berlin](#)

**BUNDESLÄNDERMELDUNGEN, BUNDESVERFASSUNGSREFORM, VERWALTUNGSREFORM**

[Gesetze Bundesländer](#)  
[Bundeskanzleramt RIS Informationsangebote](#)

[Städtebund: Ausbau Sozialer Dienstleistungen für Kommunen wichtig](#)

**BURGENLAND**[Meldungen: keine](#)**KÄRNTEN**[Meldungen: keine](#)**NIEDERÖSTERREICH**[Meldungen:](#)[Niederösterreich will Lehrer-Uni](#)[Diplomverleihung an 23 neue interkulturelle MitarbeiterInnen - Mikl-Leitner: NÖ ist Vorreiter bei interkultureller Pädagogik im Kindergarten](#)[Leichtfried: Niederösterreich braucht mehr Kinderbetreuungsplätze sowie verstärkten Ausbau der Neuen Mittelschule - NÖ Schul- und Kindergartenfonds steht vor großen Herausforderungen](#)**ÖBERÖSTERREICH**[Meldungen:](#)[Schwarzer Ärger über Schmied](#)[Beratung: Damit Schule die Lehrer nicht krank macht](#)[Jahn: Sozialstaat ist wirtschaftlicher Erfolgsfaktor](#)**SALZBURG**[Meldungen: keine](#)**STEIERMARK**[Meldungen:](#)[Steirische Grüne nach SPÖ-Aussage zu Frühförderung empört](#)[Graz: Neues "Fachdidaktikzentrum Religion" eröffnet](#)[Nächste Groß-Demo gegen Sparpaket am 26. April - Gewerkschaftsspitzen rufen zur nächsten Groß-Demo gegen das steirische Sparpaket auf. "Die sozialen Härten sind nicht zu akzeptieren",](#)[erklärte der steirische ÖGB-Chef Horst Schachner am Montag.](#)**TIROL**[Meldungen:](#)[Universität über Fakultät? Ringen um die Pädagogenausbildung](#)**VORARLBERG**[Meldungen:](#)[Lehrer sollen Umgang mit Begabten lernen](#)**WIEN**[Meldungen:](#)[Wien setzt auf umfassende Sprachförderung](#)[FP-Nepp: FPÖ fördert weiterhin Vorschule für Kinder mit Deutschdefiziten - Aufwertung des Kindergartens notwendig](#)**FRÜHFÖRDERUNG, FRÜHPÄDAGOGIK, FRÜHKINDLICHE BILDUNG**[Neue Studie zu FBBE: Schweiz einmal mehr im Hintertreffen](#)**GENDER**[Schwentner zum Equal Pay Day: Grüne fordern Aktionspläne gegen Einkommensungleichheiten Einkommensgerechtigkeit zwischen Frauen und Männern noch Lichtjahre entfernt](#)**JUGENDSCHUTZ / JUGENDWOHLFAHRT**[Windbüchler: Vollständige Vereinheitlichung des Jugendschutzes bringt Transparenz](#)**MÄNNER IM KINDERGARTEN**[Deutschland-Statistik: Anteil der männlichen Kindertagesbetreuer leicht gestiegen – aber nur 3,5% der Beschäftigten in Kindertagesbetreuung sind männlich](#)**PÄDAGOGISCHE HOCHSCHULEN, UNIVERSITÄTEN**[Übersicht](#)[Inskription](#)[→ Siehe auch: Niederösterreich will Lehrer-Uni](#)[→ Siehe auch: Schwarzer Ärger über Schmied](#)[→ Siehe auch: Graz: Neues "Fachdidaktikzentrum Religion" eröffnet](#)[→ Siehe auch: Lehrer sollen Umgang mit Begabten lernen](#)[→ Siehe auch: Beratung: Damit Schule die Lehrer nicht krank macht](#)[→ Siehe auch: TIROL](#)**PARLAMENT UND ÖFFENTLICHE INSTITUTIONEN**["Österreich morgen" - Fragen zur Bevölkerungsentwicklung Diskussionsveranstaltung im Parlament](#)[Wolfgang Lutz: Bildung als entscheidender Zukunftsfaktor](#)[Elisabeth Hakel: Mehr Chancengleichheit in der Bildung](#)[Gabriele Tamandl: Unternehmen müssen familienfreundlicher werden](#)[Anneliese Kitzmüller: familienfreundliche Steuern, qualifizierte Zuwanderung](#)[Karl Öllinger: Vermögen darf nicht über Zukunftschancen entscheiden](#)[Robert Lugar: Demografie zwingt Politik zum Handeln](#)**PLATTFORM EDUCARE**[Selbstverständnis](#)[Erdungen](#)[Mitglieder](#)[Presse-Aussendungen](#)**UNSERE FINANZIELLEN UNTERSTÜTZER/INNEN**[AKTION TAGESMÜTTER KEVT](#)[ARBEITERKAMMER ÖBERÖSTERREICH](#)[BERUFSGRUPPE VON KINDERGARTEN- UND HORTPÄDAGOGINNEN WIENS](#)[BERUFSGRUPPE DER PÄDAGOGINNEN IN KINDERBETREUUNGSEINRICHTUNGEN SALZBURGS](#)[BERUFSFÖRDERUNGSINSTITUT ÖBERÖSTERREICH](#)[BILDUNGSINSTITUT FÜR REGGIPÄDAGOGIK UND KREATIVE METHODEN](#)[BÖE - BUNDESVERBAND ÖSTERREICHISCHER ELTERNVERWALTETER KINDERGRUPPEN](#)[CHARLOTTE BÜHLER GESELLSCHAFT](#)[DIAKONIE - BILDUNG](#)[DIE GRÜNEN - PARLAMENTSKLUB](#)[GEWERKSCHAFT DER GEMEINDEBEDIENTETEN \(ÖGB-GDG-KMSFB\)](#)

[HERZ-MARIEN-KLOSTER WIEN](#)  
[KINDERCOMPANY](#)  
[KINDERFREUNDE WIEN](#)  
[KINDERFREUNDE OBERÖSTERREICH](#)  
[KINDER IN WIEN](#)  
[KÖCK PRIVATSTIFTUNG](#)  
[KULTURVEREIN KAOS - TILMANN SCHLEICHER](#)  
[LEBENSHILFE ÖSTERREICH](#)  
[MEDIATION ELISABETH PARTL](#)  
[MONTESSORIHAUS WIEN-JOANELLIGASSE](#)  
[MONTESSORIHAUS WIEN-REISNERSTRASSE](#)  
[NEK - NIEDERÖSTERREICHISCHE ELTERNVERWALTETE KINDERGRUPPEN](#)  
[ÖSTERREICHISCHE KINDERFREUNDE BUNDESORGANISATION](#)  
[PERSONAL- UND ORGANISATIONSENTWICKLUNG IM KINDERGARTEN MAG. HEIDI GEKLE-SCHNEEBERGER](#)  
[PIKLER-HENGSTENBERG-GESELLSCHAFT ÖSTERREICH](#)  
[PRIVATE PÄDAGOGISCHE HOCHSCHULE DER DIOZESE LINZ](#)  
[PRIVATE PÄDAGOGISCHE HOCHSCHULE DER DIOZESE LINZ - IFB ELEMENTARPÄDAGOGIK](#)  
[ST. NIKOLAUS KINDERTAGESHEIMSTIFTUNG DER ERZDIOZESE WIEN](#)  
[VOLKSHOCHSCHULE WIEN-BRIGITTENAU](#)  
[INSTITUT FÜR KINDERGARTEN- UND HORTPÄDAGOGIK](#)  
[WALDORFBUND ÖSTERREICH](#)  
[WALDORF-SCHULVEREIN KÄRNTEN](#)  
[WIENXTRA](#)  
[Z.I.M. GMBH. - INTEGRATIVE MONTESSORI-KINDERGARTENGRUPPEN](#)

## **SPRACHE, SPRACHENTWICKLUNG, SPRACHFÖRDERUNG**

[Österreichweite Fortbildungsveranstaltung für den muttersprachlichen Unterricht](#)

## **VERANSTALTUNGEN UND EVENTS**

[aufständischer Start in den Frühling- Aktionstreffen 21.04.2011](#)

## **IMPRESSUM UND HINWEISE**

[Abmeldung von diesem kostenlosen Service](#)

---

## **T P-THEMA**

---

### ***Kindergarten: Frühförderung als Starthilfe. Zu große Gruppen in Kindergärten, schlecht ausgebildetes Personal: Pädagogen sind frustriert.***

Die ersten Lebensjahre sind entscheidend. Wird ein Kind zwischen null und sechs Jahren optimal gefördert, so hat das positive Auswirkungen auf das ganze Leben und den Schulerfolg. Doch in der öffentlichen Debatte kommt das Wort Kindergarten kaum noch vor. Raphaela Keller vom Österreichischen Dachverband der Kindergarten- und Hortpädagoginnen (ÖDKH) spricht im KURIER-Interview über den Ärger ihrer Kolleginnen und Kollegen.

#### **KURIER: Sie sind zornig. Was ist der Grund dafür?**

**Raphaela Keller:** Es geht zu wenig weiter. Und das Wenige, das im Bereich der Elementarpädagogik weitergeht, dauert viel zu lange. Von den Politikern hören wir immer nur Lippenbekenntnisse. Mehr nicht. Jeder sagt uns, wie wichtig der Kindergarten als vorbereitende Bildungseinrichtung ist. Passieren tut aber nichts.

#### **Alles nur schöne Worte - wie sieht denn die Realität aus?**

Das Problem ist, dass für den Kindergarten Bund, Länder und Gemeinden zuständig sind. So wird er zum Spielball der Politik. Wir wünschen uns, dass die Zuständigkeit komplett beim Bund liegt. So könnte man überall gleiche Rahmenbedingungen schaffen.

#### **Warum sind die gleichen Bedingungen für die Pädagogen so wichtig?**

Mehr noch als das vergleichsweise magere Gehalt belastet sie, dass zu viele Kinder in einer Gruppe sind. Oft sogar ohne eine zweite unterstützende Kraft. Bei den unter Dreijährigen sind im Schnitt 15 Buben und Mädchen in einer Gruppe. Das sind viel zu viele. Und das belastet die Kolleginnen am meisten.

#### **Es braucht also kleinere Gruppen?**

Ja, unbedingt. Aus der Gehirnforschung wissen wir, dass Kinder über Beziehung lernen. Aber wie soll sich eine Pädagogin 15 Kleinkindern intensiv widmen? Das ist nicht machbar. Zudem laugt es sie aus. Viele, die in Kindergärten arbeiten, drohen auszubrennen oder sind bereits ausgebrannt.

#### **Das Problem ist ja, dass es zu wenig Personal gibt.**

Es gibt zu wenig Pädagogen. Auch weil die Kindergärten ausgebaut werden. Das Ärgerliche ist, dass man uns erklärt, dass wir zufrieden sein sollen. Es gebe jetzt in manchen Bundesländern den Gratskindergarten als Bildungseinrichtung. Das alles bringt aber nichts, wenn die Qualität nicht stimmt. Daher brauchen wir mehr Pädagoginnen und Pädagogen, nicht nur Helfer.

#### **Woher sollen die so schnell kommen?**

Der Beruf muss attraktiver gemacht werden. Es gibt ja genügend Bakip-Absolventinnen (Bundesanstalten für Kindergartenpädagoginnen, Anm.) . Doch nur 20 Prozent der ausgebildeten Kindergartenpädagoginnen arbeiten in dem Job. Anstatt alle mit adäquaten Rahmenbedingungen zu halten bzw. anzuwerben, sollen nun Kolleginnen aus Tschechien oder Ungarn geholt werden. Ab 1. Mai dürfen diese bei uns arbeiten. Nichts gegen diese Menschen. Sie sind wertvoll und auch ein Zeichen, dass wir unterschiedliche Kulturen in unseren Einrichtungen haben. Nur sollten sie eine Gruppe erst leiten, wenn sichergestellt ist, dass sie perfekt Deutsch sprechen.

#### **Wie ließe sich der Beruf attraktiver machen?**

Wir fordern schon lange, dass die Elementarpädagogik an die Hochschule gehört. Kindergärtner machen dann ein Bachelorstudium nach der Matura. Der große Vorteil wäre, dass sie sich erst mit 18 oder 19 Jahren für diesen Beruf entscheiden. Da sind sie als Person schon ausgereifter und wissen, was sie wollen. Wir haben eine ähnliche Situation schon bei den Kollegs. Das sind Aufbaulehrgänge für Maturanten, die sich zu Kindergärtner ausbilden lassen. Alle Absolventen arbeiten nachher in dem Beruf.

#### **Was sollte dann mit der Bakip geschehen?**

Es wäre besser, wenn sie Basiswissen für verschiedene soziale und pädagogische Berufe vermitteln würde. Der Vorteil: Die Entscheidung, welchen Beruf man lernt, würde statt mit 14 Jahren erst nach der Matura fallen.

#### **Warum brauchen Kindergartenpädagoginnen eine universitäre Ausbildung?**

Sie haben ein stärkeres Selbstbewusstsein und sind kompetentere Erziehungspartner für die Eltern. Zudem können sie wissenschaftlicher arbeiten, was sich auch bei den Förderplänen positiv auswirkt.

<http://kurier.at/nachrichten/2089395.php>

### **Siehe auch: Kindergärtnerin muss hoch bezahlt sein**

Sozialforscher: Warum wir noch arbeiten, um zu leben, die Falschen gut bezahlen und Junk-Jobs und ewige Praktikanten bald Vergangenheit sind.

## **MEINUNG**

### **Weg vom Wutbürger – hin zum Mutbürger: BILDUNGSINSTITUTIONEN GRUNDLEGENDE VERÄNDERN!**

In Österreich sind 278.000 Kinder armutsgefährdet. 326.000 Haushalte mit Kind leben unter der Armutsgrenze. 113.860 Kinder und Jugendliche leben in verfestigter Armut.

#### **Chancengleichheit!**

Nicht „nur“ Studien, vor allem auch unsere eigenen täglichen Wahrnehmungen belegen die Nachteile, die Armut für die Sprach- und Intelligenzentwicklung, die schulische Leistungsfähigkeit der Kinder mit sich bringt – und damit für ihr Leben. Mehr Bildungsanstrengungen sind verlangt - von den Betroffenen wie vom Staat.  
Mehr Bildung also für Chancengleichheit.

#### **Benachteiligung nicht alleine aufgrund Migrationshintergrund**

Benachteiligte Kinder – und diese kommen beileibe nicht „nur“ aus Schichten mit Migrationshintergrund - sind ganz besonders auf die Qualität öffentlicher Einrichtungen angewiesen. Vorschulische wie schulische. Denn diese Kinder erfahren vielfältige Benachteiligungen und Belastungen: im Arbeits-, Gesundheits-, Wohn-, Bildungs-, Kultur- oder Freizeitbereich u. a. m.

Gewiss: Armut, Chancenungleichheit alleine auf die Bildungsferne oder auf die Sozialisations- beziehungsweise Kulturdefizite der Betroffenen zurückzuführen ist zu wenig.

Wenn aber in den Familien niemand in der Lage ist, Kinder in ihrer Entwicklung aufmerksam zu begleiten und zu fördern, muss die öffentliche Hand ausgleichend wirken können.

#### **Bildungsbereich ist Job-Motor**

Es ist nun einmal so, dass wirtschaftlich Zwänge offensichtlich am ehesten zu Veränderungen drängen: Gerade in Zeiten der Wirtschaftskrise wäre es notwendig, in Bildung und Kinderbetreuung zu investieren.  
Nicht ohne Grund sind es vor allem die Sozialpartnerinstitutionen, die hier nachdrücklich und wiederholt zu Veränderungen drängen.

Investitionen in die Bildung lohnen: denn die beschäftigungsintensiven „Branchen“ im Bildungsbereich sind wahre Job-Motoren!  
Zwei Fliegen also auf einen Streich: Arbeitsplätze werden heute geschaffen und zukünftige Arbeitslose vermieden.

#### **Was aber tut Österreich? Verzettelung in Föderalismus!**

Wir möchten uns hier auf den sogenannten „vorschulischen Bildungsbereich“ beschränken: in Österreich gibt es 8.075 institutionelle Kinderbildungseinrichtungen, davon 4.887 Kindergärten, 1.117 Kinderkrippen, 1.186 Horte und 885 altersgemischte Bildungs-/Betreuungseinrichtungen. Bei über 60 Prozent der „Kindertagesheime“ (Krippen/Krabbelstuben/Kindergärten etc.) sind öffentliche Gebietskörperschaften (Bund, Länder, Gemeinden) für die Erhaltung zuständig.

Der überwiegende Teil der öffentlichen Einrichtungen wird von den Gemeinden (98,7%) erhalten.

Für die Qualität und Quantität sind in erster Linie 9 Länder mit 9 unterschiedlichen Gesetzen, 2.357 Gemeinden und unzählige Institutionen (von Kirchen- und Religionsgemeinschaften bis elternverwaltete Einrichtungen und Einzelunternehmen) sowie 4 Ministerien zuständig.

Was das bedeutet, ist unschwer festzumachen: Qualität- wie Quantitätsstandards sind entsprechend uneinheitlich – und für Eltern, Alleinerziehende, Kinder, ElementarpädagogInnen und TrägerInnen gleichermaßen unbefriedigend.

#### **Die Bildungsinstitutionen gehören grundlegend verändert.**

Ein inklusives Bildungssystem von der Kinderkrippe bis zum Ende der Schulpflicht (und darüber hinaus), das allen die selben Chancen für ihre Zukunft bietet, die unsere Mädchen und Buben in ihrer Vielfalt berücksichtigt und fördert, Geschlecht, ethnische, sprachliche und kulturelle Hintergründe, religiöse und weltanschauliche Überzeugungen, Familienstrukturen, soziale Lage sowie besondere Fähigkeiten und Behinderungen mit einbezieht ist angesagt.

#### **Forderungen für den Elementarbildungsbereich**

- ein Bildungssystem, in dem alle Fähigkeiten und Talente der Buben und Mädchen so früh wie möglich erkannt und durch permanente Förderung zur Entfaltung gebracht werden;
- ein sozial faires Bildungssystem, in dem alle Buben und Mädchen in Österreich Anspruch auf alle gebotenen Chancen haben, unabhängig von Geschlecht, sozialer, kultureller, religiöser oder regionaler Herkunft;
- ein weltoffenes Bildungssystem, das Internationalität und kulturelle Vielfalt als Bereicherung ansieht und den MigrantInnen und ihren Kindern faire Bildungs- und Berufschancen einräumt;
- ein modernes, bürokratieschlankes und weitgehend autonomes Bildungssystem ohne parteipolitische Einflussnahme;
- ein flächendeckendes Angebot an elementarpädagogischen Einrichtungen (Krabbelstuben, Kinderkrippen, Kindergärten...), sowie bundesweite Ganztagsangebote;
- die Gleichstellung der Kindergärten mit den Schulen und der KindergartenpädagogInnen mit den LehrerInnen;
- die Aufwertung des PädagogInnen-Berufes durch gemeinsame tertiäre Ausbildung und einheitliche Besoldung;
- einen verbindlichen Ausbau – und Finanzierungsplan für unsere Bildungseinrichtungen von den Elementarbildungseinrichtungen bis zu den Hochschulen und Universitäten
- die jährliche kontinuierliche Erhöhung der öffentlichen Finanzierung aller Bildungseinrichtungen auf mindestens 2% des BIP im Jahre 2020.

#### **Weg von vordergründigem Sparen**

Investitionen in Bildung, Investitionen vornehmlich in elementare Bildung, also vor allem in Kindergärten sind die rentabelste Investition im Erziehungsbereich.

Einsparungen im Bildungsbereich bedeuten sowohl einen bildungs- als auch einen sozialpolitischen Kahlschlag: unser Ziel muss eine gerechtere Gesellschaft mit Chancengleichheit für alle Kinder sein!

#### **Weg von ideologisch verbrämten Argumenten**

### Weg von Ängsten aufgrund mangelnder organisatorischer Gegebenheiten

Halbtägiger kostenfreier Kindergarten für das letzte Kindergartenjahr geht von der Prämisse aus, das „die Mütter kochbereit an der Pforte stehen“ – „diese Symbolik ist so düster, wie der Missstand, dass das föderal zugewucherte Österreich unfähig ist, ein bundesweites Kindergartengesetz mit einheitlichen Tarifen, Zeiten und Standards zu schaffen“ (Hubert Patterer in der Kleinen Zeitung).

Reformer – auch innerhalb der ElementarpädagogInnen - haben einen schweren Stand – nicht zuletzt auch und besonders deswegen, weil aufgrund vielfacher organisatorischer Mängel jede Erneuerung als Bedrohung gesehen wird.

Die Mehrzahl der PädagogInnen „spürt“ jedoch instinktiv die vorhandenen Mängel – versucht bis zum Ausgebranntsein dagegen anzukämpfen. Fühlt sich aber außerstande, grundlegende Änderungen durchzusetzen – auch aus Angst vor der eigenen Zukunft.

**Es liegt an der Öffentlichkeit, den Eltern und den PädagogInnen, hier gegensteuernd tätig zu werden! „Die Politik“ scheint dazu nicht die Kraft und/oder den Willen zu haben.**

### Weg vom ohnmächtigen Wutbürger – hin zum tätigen Mutbürger!

**E i n Weg dazu ist die Unterschrift unter das Bildungsvolksbegehren:** <http://www.vbbi.at>.

**E i n Weg dazu sind Bürgerproteste, wie sie sich derzeit in der Steiermark formieren:** <http://www.plattform25.at/>.

**E i n Weg dazu sind Initiativen wie das Elternbündnis Freie Schulwahl:** <http://www.freieschulwahl.at>.

**Initiativ werden: weg vom Wutbürger – hin zum Mutbürger!**

### Siehe auch

- <http://www.plattform-educare.org/INTERIMS-ORDNER%20FÜR%20PDF-DATEIEN/ChancebildungFinalPDF.pdf>
- <http://www.plattform-educare.org/Informationsdienstausendungen/Sozialpartnerpapier%20Bildungsdialo%20vom%2002.02.2011.pdf>
- <http://www.vbbi.at/volksbegehren/forderungen/>
- <http://www.plattform25.at/2011/03/aufruf-der-plattform25-25-marz-2011-%e2%80%93-protest-gegen-landesbudget-in-graz/>
- <http://www.freieschulwahl.at>

### Hoffen auf neuen Schwung: Katholische Elternvereine für Bildungsvolksbegehren

Industriellenvereinigung, Grüne, Büchereiverband oder die Kinder- und Jugendanwaltschaften - Hannes Androsch sammelt weiterhin Unterstützer für sein Bildungsvolksbegehren. Seit Montag kann der Industrielle auch mit der Unterstützung der katholischen Elternvereine rechnen. Das Begehren sei eine "gute Chance, neuen Schwung in die Bildungsdiskussion zu bringen", begründete Stefan Mandahus, Präsident des Hauptverbands Katholischer Elternvereine, die Entscheidung.

Auch wenn vom Elternvertreter betont wurde, mit den Inhalten des Begehrens konformzugehen, wird längst nicht jeder Punkt geteilt. "Es gibt einzelne Details, denen ich nicht zustimme", sagte Mandahus. Dazu gehört etwa die Forderung nach einer Hochschulausbildung für Kindergartenpädagoginnen. Skeptisch zeigte er sich auch in puncto Ganztagschulen. Aber, so Mandahus, das Programm sei als Diskussionsgrundlage zu verstehen - und "nicht allzu dogmatisch". Für ihn ist die "Durchlässigkeit" zwischen den Schultypen wichtig, und er plädierte dafür, den Unterricht in 50-Minuten-Einheiten zu überdenken. 75.000 Kinder besuchen katholische Privatschulen.

Volksbegehrensinitiator Hannes Androsch beklagte, dass immer noch die Herkunft die Zukunft der Jugendlichen bestimme. Man sei "weit davon entfernt, was man Chancengleichheit nennen möchte". Im Gegensatz zu Mandahus forderte er den Ausbau von Ganztagschulen.

<http://derstandard.at/1302515903250/Hoffen-auf-neuen-Schwung>

### Siehe auch:

- <http://www.plattform-educare.org/Bildungsvolksbegehren.htm>
- <http://www.vbbi.at>

### Die alternative Budgetrede der Plattform 25 am 11.4.2011

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Freundinnen und Freunde, am 25.03.2011 waren wir 10000, die nein gesagt haben zu dem rücksichtslosen und kurzsichtigen Kürzungsbudget der Landesregierung, nein zu dem massivsten Angriff auf Kultur, Soziales, Bildung und Gesundheit, den Österreich in den letzten Jahrzehnten gesehen hat. Die Reaktion der Landesregierung war: Wir haben ja Verständnis für die Sorgen der Betroffenen, aber es gibt keine Alternative.

Das stimmt nicht! Wie glaubwürdig ist ein Landeshauptmann, der vor den Wahlen eine Steiermark in sozialer Harmonie versprochen hat und „Gut so, weiter so“ plakatieren ließ und jetzt keine Alternative zu einem derart massiven sozialen Kahlschlag sieht?

Nein, es gibt Alternativen zu diesem Kahlschlagbudget, und die wollen wir heute vorstellen.

Das Budget der Plattform 25 baut auf grundlegende Werthaltungen auf. Die einzige Werthaltung des Budgetentwurfs der Landesregierung ist das Diktat des brutalen Rotstiftes, der Streichungen und Kürzungen, ohne Rücksicht auf Folgekosten. Im Gegensatz dazu würde unsere Budgetpolitik langfristig wirken und wäre nicht nur die Vorbereitung auf die völlige Zerstörung jeder sozialen Infrastruktur. Die droht uns nämlich in den nächsten Jahren, wenn die Landesregierung ihr Budget durchbringt.

Die Prinzipien unserer Budgetpolitik basieren auf Geschlechtergerechtigkeit und soziale Gerechtigkeit, auf Respekt für Verschiedenheiten und Anerkennung von Verschiedenheiten, auf gesellschaftliche Verantwortung und Solidarität.

Wir bekennen uns zu einem Budget, das die Lebensqualität und den Lebensstandard aller Steirerinnen und Steirer nachhaltig sichert.

Wir bekennen uns zu einer Budgetpolitik, die das Ziel einer vollen Gleichberechtigung von Frauen und Männern in allen Lebensbereichen verfolgt.

Wir bekennen uns zum Recht aller Steirerinnen und Steirer auf eine soziale Grundsicherung, die diesen Namen auch verdient. Dazu gehören das Recht auf Wohnen, das Recht auf Bildung, das Recht auf Unterstützung, wenn sie gebraucht wird, das Recht auf Selbstbestimmung und Teilhabe an der Gesellschaft, sowie das Recht auf Schutz vor Gewalt. Und dazu gehören Recht unserer Kinder auf optimale Förderung ihrer Zukunftschancen, das Recht auf Kinder- und Jugendschutz und das Recht auf bestmögliche medizinische Versorgung! In allen diesen Bereichen bekennen wir uns zu höchsten Qualitätsstandards und zu engen Kooperationen mit Forschungs- und Bildungseinrichtungen, um die vorhandenen Mittel so effizient und effektiv wie möglich einsetzen zu können.

Wir bekennen uns zu einer Budgetpolitik, die Kultur als unverzichtbaren Bestandteil unserer Lebensqualität ansieht.

Wir würden den Budgetprozess öffnen, um breite gesellschaftliche Mitbestimmung und Kontrolle zu ermöglichen. Volle Transparenz bei Ausgaben und Einnahmen, bei Parteienfinanzierungen und Spenden wäre unser Ziel, alles muss für die Bevölkerung einsehbar sein!

Wir meinen, zu diesen Bekenntnissen gibt es wirklich keine Alternative!

Es gibt finanzielle Mittel für ein Budget, das von diesen Grundhaltungen getragen wird! Diese finanziellen Mittel aufzugreifen erfordert allerdings mehr Mut, als das Geld denen aus der Tasche zu ziehen, die sich nicht wehren können!

Wir brauchen Strukturreformen, die zu einer nachhaltigen Budgetsanierung führen. Ein erster Punkt ist da die Abschaffung des unseligen Proporzsystems, das kostspielige Folgen hat, zum Beispiel dass überall, wo ein rotes Regierungsmitglied einem schwarzen Spitzenbeamten gegenübersteht und umgekehrt, es einen gut bezahlten Aufpasser im Regierungsbüro braucht. Deshalb hat Landeshauptmann Voves auch 22 MitarbeiterInnen, während Bundeskanzler Faymann 14 und Vizekanzler Pröll 12 MitarbeiterInnen hat. Und selbst Jose Manuel Barroso kommt mit 17 MitarbeiterInnen aus, aber der leitet ja nur die EU-Kommission...

Darüber hinaus leistet sich unsere derzeitige Landesregierung Berater von außen, die jährlich 4 Millionen Euro kosten (was machen die 22 BüromitarbeiterInnen bei Voves eigentlich den ganzen Tag??), einen schicken Fuhrpark um 3,65 Millionen Euro jährlich und Ausgaben für Eröffnungen und Buffets um satte 1,4 Millionen Euro im Jahr!!

Das Budget der Plattform 25 sieht vor, dass die Regierung bei sich selbst zu sparen beginnt und die Kosten für diese Posten drastisch kürzt. Statt vom Landhaus in die Burg mit dem Chauffeur zu fahren, spazieren unsere Regierungsmitglieder durch die Herrengasse und die Sporgasse, und sind auch in öffentlichen Verkehrsmitteln oder am Fahrrad anzutreffen.

Nur bei diesen Regierungsausgaben sparen wir 5 Millionen Euro, damit haben wir bereits mehr als die Hälfte dessen, was die jetzige Regierung im Jugendwohlfahrtsbereich sparen will, gesichert.

In Doppel- und Dreifachgleisigkeiten zwischen Bund, Ländern und Gemeinden versickern jedes Jahr Millionen. Das geht auch anders! Die Plattform würde das vorhandene riesige Heer an BeamtInnen einsetzen, um rasch, zackig und effizient Apelle vom Rechnungshof und von Budgetexperten umzusetzen und alle Bereiche der Verwaltung auf Sinnhaftigkeit und Kosten hin zu überprüfen und zu optimieren.

Es gibt Bezirksschulräte, Landesschulräte und eine Schulabteilung im Land. Wozu??

Es gibt 5 verschiedene Abteilungen, die sich mit Filmförderung beschäftigen. Wozu??

Die Steiermark hat weniger EinwohnerInnen als Oberösterreich, aber um 100 Gemeinden mehr. Wozu??

Die schon längst überfälligen Verwaltungsreformen auf Landesebene müssen sofort durchgeführt werden!

Die Sozialsysteme werden ja nur deshalb zusammengekürzt, weil die Landesregierung unfähig ist, Verwaltungsreformen durchzuführen.

Sozialpolitik immer nur unter dem Aspekt der Kosten und der möglichen Kosteneinsparung zu sehen ist der falsche Weg. Gelder für den Sozialbereich sind Investitionen in unser aller Lebensqualität und Investitionen in den Wirtschaftsstandort Steiermark, die sich auch volkswirtschaftlich rechnen. Eine Investition von einer Million Euro schafft im Sozialbereich 17 neue Arbeitsplätze, im Tourismus nur 13 und im Bauwesen gar nur 11 neue Arbeitsplätze – obwohl die Bauwirtschaft immer als Konjunkturlokomotive gepriesen wird. Die Sozialwirtschaft kurbelt also das Wirtschaftswachstum an und schafft überdurchschnittliche viele Arbeitsplätze! Kürzungen im Sozialbereich hingegen vernichten überdurchschnittlich viele Arbeitsplätze und verursachen kaum abschätzbare Folgekosten. Im Budget der Plattform 25 gäbe es daher keine Kürzungen im Sozialbereich.

Aber auch im Sozialbereich sind Strukturreformen möglich:

In der Altenpflege kostet ein Heimplatz 8 Mal so viel wie mobile Betreuung. Trotzdem hat die Steiermark so viele Pflegeheimplätze wie kein anderes Bundesland. Mehr als die Hälfte aller Sozialausgaben von Land und Gemeinden fließen in die Pflegeheime.

Und jetzt will die Landesregierung auch noch die mobilen Dienste für Menschen mit Behinderungen wie Wohnassistenz, Familienentlastungsdienst und Freizeitasistenz massiv kürzen, und Menschen mit Behinderung damit im Endeffekt wieder zurück in die Großheime treiben. Obwohl die stationären Unterbringungen ungleich teurer sind!

Dasselbe passiert in der Jugendwohlfahrt. Obwohl wir alle wissen, dass frühzeitige, präventive Hilfen und Unterstützungsangebote langfristig viel billiger kommen als spätere Unterbringungen und Heimplätze, werden viele der frühen Unterstützungsangebote für Kinder und Jugendliche gestrichen oder gekürzt. Nicht im Budget der Plattform 25!

In unserem Budget wäre ein umfangreicher Ausbau der mobilen Dienste, auch in der Altenpflege vorgesehen. Im Bereich der Altenpflege dürfte es keine gewinnorientierten privaten Pflegeheimbetreiber mehr geben! Die gewinnorientierten privaten Pflegeheimbetreiber erwirtschaften ihre satten Profite ja aus dem Sozialbudget, das Geld kommt nicht den Betroffenen zu Gute. Das ist wirklich verschwendetes Steuergeld! Wir würden mobile Dienste für die Betreuung zuhause in allen Bereichen vom Kleinkind bis zum alten Menschen ausbauen, ebenso präventive Unterstützungsangebote wie die Sozial- und Lernbetreuung. Die Entwicklungsförderung würden wir auf die ganze Steiermark ausweiten. Mobil vor Stationär, Prävention vor Krisendienst, Effektivität und Effizienz sind die wichtigsten Grundsätze unserer Entscheidungen für alle Unterstützungsleistungen.

Wir lassen nicht zu, dass kurzfristige, sinnlose Sparattacken, die der Gesellschaft viel mehr schaden als dass sie nützen, umgesetzt werden, und dass unser Sozialstaat eingespart wird!

Bevor wir an Menschen sparen, schauen wir uns an, wo wir Geld einfach verschenken, verschwenden und spekulieren. Und hier geht es um wirklich große Beträge!

Die Plattform 25 würde anders handeln als diese Landesregierung!

So wie wir im Sozialbereich darauf achten, dass hohe Qualitätsstandards eingehalten werden und die Mittel so effizient und effektiv wie möglich eingesetzt werden, so würden wir das auch im Bereich der Wirtschaftsförderung oder der Förderung des Tourismus machen. Wir würden uns gut überlegen, was der Bevölkerung der Steiermark mehr nützt: Sind es die 100 Mio. € für Spielberg und 150 Mio. € für Schladming oder 75 Mio. € Wirtschaftsförderung für den Pharmakonzern Roche, noch schnell hinterher geschmissen, bevor er alle MitarbeiterInnen gekündigt und das Land mitsamt dem Betrieb wieder verlassen hat (und sich möglicherweise immer noch die Hände reibt, und die dummen Steirer auslacht die sich ausnehmen lassen...)? Oder investieren wir diese Gelder in beste Begleitung und Unterstützung für unsere Kinder und Jugendlichen, größtmögliche Lebensqualität für Menschen mit Behinderungen, Altern in Würde auch für die Armen und Schwachen in unserer Gesellschaft??

Allein mit den 800000 Euro Förderungen für einen Tag Airpower in Zeltweg können eineinhalb Jahre Entwicklungsförderung für 100 Kinder und 37 Arbeitsplätze finanziert werden.

Was sind das für Prioritäten, die unsere Landesregierung hier hat? Für fragwürdige Gratisevents ist nach wie vor Geld da, für Kinder und Jugendliche nicht?

Es gibt viele Alternativen! Voves und Schützenhöfer tun so, als ob dem Land bei zusätzlichen Einnahmen die Hände gebunden sind. Das stimmt nicht! AK-Präsident Walter Rotschädl beziffert die Möglichkeiten zusätzlicher Einnahmen für die Steiermark mit 30 bis 40 Millionen, damit könnte auf die Kürzungen im Behindertenbereich und im Jugendwohlfahrtsbereich völlig verzichtet werden.

Allein die Einführung einer Glückspielabgabe nach Wiener Vorbild brächte 20 Millionen Euro pro Jahr! Eine Schotterabgabe wie in Niederösterreich

brächte 5 Millionen im Jahr!

Aber um das durchzusetzen, müsste sich die Landesregierung mit der Glücksspielloobby und den Schotterbaronen anlegen. Dafür braucht es Mut und den haben Voves und Schützenhöfer nicht!

Im Budget der Plattform 25 wird die Glücksspielabgabe erhöht und eine Schottersteuer nach dem Vorbild anderer Bundesländer eingehoben.

In Österreich werden die Reichen werden immer reicher und die Armen immer ärmer. Die Plattform 25 setzt sich im Bund für Sanierungsmaßnahmen auf der Einnahmenseite ein, also für eine Finanztransaktionssteuer, für eine stärkere Besteuerung von Stiftungen und wirklich großen Vermögen und für eine stärkere Besteuerung von Aktiengewinnen. Das sind alles Steuern, die der breiten Masse der Bevölkerung nicht weh tun und viel Geld bringen.

Unsere Landesregierung lässt sich dafür abfeiern, dass sie so mutig ist, endlich mit der Budgetsanierung zu beginnen. Aber es gehört wenig Mut dazu, auf dem Rücken von sozial Schwachen und Menschen mit Behinderung zu kürzen. Unsere Alternativen erfordern mehr Mut.

Die Forderungen der Plattform bedeuten zwar den Konflikt mit mächtigen Wirtschaftslobbies, Gewinnmaximierern und Einflüsterern, die ganz andere Interessen haben als der Großteil der steirischen Bevölkerung. Aber unsere Alternativen tragen dazu bei, dass eine „Steiermark in sozialer Harmonie“, dass „Fairness erhalten, Zukunft gestalten“ nicht nur leere Versprechungen auf den Wahlplakaten bleiben, sondern in die Realität umgesetzt werden!

Im Gegensatz zu Voves und Schützenhöfer stehen wir zu unseren Werten. WIR stehen zu unserem sozialen Gewissen!

In diesem Landhaus wird der Landtag Ende April ein Budget beschließen. Voves und Schützenhöfer haben den Abgeordneten einen Budgetentwurf vorgelegt, der den Interessen der steirischen Bevölkerung widerspricht. Die Abgeordneten des Landtages haben es in der Hand, dieses Budget zu verhindern! Wir fordern die Abgeordneten von SPÖ und ÖVP daher auf, sich nicht an die Seite ihrer Parteichefs, sondern an die Seite der steirischen Bevölkerung zu stellen und dieses Budget abzulehnen!

Um die Abgeordneten wach zu rütteln, bilden wir jetzt eine Menschenkette um das Landhaus. Wir erwarten, dass in diesem Landhaus Entscheidungen getroffen werden und ein Budget beschlossen wird, das im Sinne der Bevölkerung ist!

[www.plattform25.at/](http://www.plattform25.at/)

### **Nächste Groß-Demo gegen Spörpöket am 26. April**

**Kleine Zeitung**

Hermann Schützenhöfer (V) geben. Dabei werden die Gewerkschafter ein Forderungspaket präsentieren, das durch einnahmeseitige Maßnahmen zu finanzieren sei. Sollte dieses Gespräch für den steirischen Gewerkschaftsbund ein positives Ergebnis bringen, ...

#### **Siehe auch:**

- <http://www.plattform-educare.org/plattform25.htm>
- <http://www.plattform25.at>

### **Alternative Privatschulen fordern Gesetzesnovelle**

Wien (APA) - Mit einer Demonstration vor dem Parlament und der Übergabe einer Bürgerinitiative mit 21.000 Unterschriften an Nationalratspräsidentin Barbara Prammer (S) haben Vertreter der alternativen Privatschulen heute, Mittwoch, eine Reform des Privatschulgesetzes von 1962 gefordert. Die Kritik daran: Der Bund ist nicht zur Finanzierung dieser nicht-konfessionellen Privatschulen verpflichtet. Derzeit ersetzt er 20 Prozent der Personalkosten, aber nur "als Good-Will-Akt", so Andrea Pisa von der Bürgerinitiative "Freie Schulwahl ohne Schulgeld - jetzt!". Die Folge: Eltern, die sich die 300 Euro Schulgeld pro Monat nicht leisten können, werde ihr Recht auf freie Schulwahl verwehrt. Ministerin Schmied zeigte sich in einer ersten Reaktion gesprächsbereit.

"Wesentlich ist, dass es eine Grundrechtsverletzung darstellt. Zum 50er sollte es novelliert sein", betonte Edgar Hernegger von der Bürgerinitiative. Als das Gesetz geschrieben wurde, habe es noch keine alternativen Privatschulen gegeben. Mittlerweile seien es hingegen österreichweit gut 100, die von fast 6.000 Schülern besucht werden. Rechtliche und finanzielle Absicherung fehle jedoch bis heute.

"Das Recht auf freie Schulwahl bedingt, dass das auch zu finanzieren ist", betonte Hernegger. Das Geld komme derzeit lediglich aus dem Ermessensbudget des Unterrichtsministeriums, aber die Finanzierung "kann nicht davon abhängen, ob der Minister gerade ein Faible für die unabhängigen Privatschulen hat". Zusätzlicher Grund zum Ärger ist für die Initiatoren, dass Eltern von Privatschulen nicht nur Schulgeld zahlen, sondern auch über ihre Steuern das öffentliche System mit seiner "Planwirtschaft" (Pisa) mitfinanzieren und zusätzlich mit 25 Mio. Euro pro Jahr "quersubventionieren", indem ihre Kinder nicht das öffentliche Schulsystem besuchen.

#### **Lehrerkosten zu 80 Prozent abgedeckt**

Mit 20 bis 22 Mio. Euro pro Jahr würden die Lehrerkosten - wie an den konfessionellen Privatschulen schon jetzt - zu 80 Prozent abgedeckt. Das soll auch in der geforderten Gesetzesnovelle stehen, so Hernegger. Derzeit bekommen alle unabhängigen Privatschulen insgesamt 4,5 Mio. Euro pro Jahr. Dieselbe Summe bekomme die Vienna International School alleine - und das nur, weil der damalige Kanzler Bruno Kreisky (S) einen Vertrag mit der UNO unterschrieben habe. "Ich nenne das Vetternwirtschaft, nicht eine reife Demokratie", empörte sich Hernegger.

Die Pflichten der Waldorf-, Montessori- und anderer freier Schulen mit Öffentlichkeitsrecht seien dieselben wie im öffentlichen Schulsystem, so Pisa. So müssen etwa die Zeugnisse nachvollziehbar sein; die Schulen müssen außerdem katholische Religionslehrer bezahlen, deren Gehalt doppelt so hoch ist wie das an ihren Schulen übliche.

Die unabhängigen Privatschulen würden außerdem nicht nur zu deutlich geringeren Kosten arbeiten als öffentliche Schulen (3.000 bis 3.600 Euro pro Schüler pro Jahr versus 5.000 bis 8.000 im öffentlichen System), wie Pisa betont. Dort sind laut Florian Amlinger von der Initiative auch zahlreiche pädagogische Neuerungen wie fächer- und klassenübergreifendes Arbeiten oder Portfolio-Arbeiten entwickelt worden, die mittlerweile auch an öffentlichen Schulen eingesetzt werden. Auch die geforderte Nähe zur Wirtschaft werde dort schon jetzt gelebt.

Den Bedarf an freien Schulen schätzt Hernegger auf fünf Prozent aller Standorte. Das öffentliche System ersetzen will die Initiative trotz aller Kritik daran nicht. "Das würde weit über unsere Kräfte gehen." Schmied stellt Runden Tisch in Aussicht

Die Unterrichtsministerin zeigte sich indes gesprächsbereit. Es habe in den vergangenen Monaten wiederholt Treffen gegeben, für Mai hat die Ministerin die Vertreter der nicht-konfessionellen Privatschulen zu einem Runden Tisch eingeladen, hieß es aus ihrem Büro zur APA.

Verhalten fällt hingegen die Reaktion auf die Forderung nach einer Gleichstellung mit den konfessionellen Privatschulen aus, bei denen nicht nur 20 sondern 80 Prozent der Personalkosten übernommen werden. Das würde einen Anstieg der Personalkosten im Ressort um 25 Mio. Euro bedeuten und damit "eine völlig neue politische Debatte mit dem Koalitionspartner über das Budget nötig machen". Derzeit werden den freien Privatschulen 4,5 Mio. Euro Personalkosten pro Jahr ersetzt, das ist doppelt so viel wie 2007.

Bereits begonnen wurde im Ministerium unterdessen die Arbeit an neuen Förderkriterien für die Montessori-, Waldorf- und andere Privatschulen in freier Trägerschaft. Künftig sollen Schulen mit extrem hohen Gebühren nicht mehr gefördert werden, außerdem müssen deren Dachverbände gemeinnützig sein. Und es soll verstärkt auf die Qualifikation der Lehrer geachtet werden, wobei die Kriterien noch nicht feststehen; an den freien Schulen werden

nämlich nicht nur staatlich ausgebildete Lehrer, sondern auch solche mit Montessori- oder Waldorf-Ausbildung beschäftigt.

[http://www.zukunftwissen.apa.at/cms/zukunft-wissen/schule-und-bildung/topnews\\_einzel\\_rss.html?id=CMS1302094159712](http://www.zukunftwissen.apa.at/cms/zukunft-wissen/schule-und-bildung/topnews_einzel_rss.html?id=CMS1302094159712)

➔ Zur Unterstützungserklärung: <http://www.freieschulw.hl.tl/>

➔ Knüpfen Sie Kontakte zu ÖVP & SPÖ Abgeordneten z.B. in Ihrem Wahlkreis: ([http://www.parlament.gv.at/WWER/NR/?jsMode=&xdocumentUri=&FUNK=ALLE&R\\_WF=WP&WP=ALLE&R\\_PBW=WK&WK=ALLE&W=W&M=M&listId=2&LISTE=Anzeigen&FBEZ=FW\\_002](http://www.parlament.gv.at/WWER/NR/?jsMode=&xdocumentUri=&FUNK=ALLE&R_WF=WP&WP=ALLE&R_PBW=WK&WK=ALLE&W=W&M=M&listId=2&LISTE=Anzeigen&FBEZ=FW_002)), zu Ihren Landesregierungen etc. um nachzuhaken, dass hier die Initiative aufgegriffen wird, das Privatschulgesetz zu ändern.

**Siehe auch**

- ZIB2-Beitrag 6.4.: <http://tvthek.orf.at/programs/1211-ZIB-2/episodes/2115499-ZIB-2/2121719-Privatschulen-bangen-um-Foerderungen>  
HOHES HAUS Beitrag: <http://tvthek.orf.at/programs/1264-Hohes-Haus/episodes/2129021-Hohes-Haus/2131777-Freie-Schulen-fuer-alle>

## ZUR DISKUSSION

**"Die strukturelle Feigheit teilt Pröll mit Faymann"- Bernd Schilcher, bildungsbegehrender Schwarzer, über chronische Reformlust, schulische Rückzugsgefechte der ÖVP und darüber, wie diese ihre Zukunft in der Vergangenheit suchten**

**Standard:** Einen "chronisch Reformbegeisterten" hat Sie der steirische Landeshauptmann-Stellvertreter Hermann Schützenhöfer (ÖVP) einmal genannt. Müssen Sie da nicht seit Jahren von depressiver Verstimmung geplagt sein in Österreich?

**Schilcher:** Zumindest sind meine Wünsche nur sehr sporadisch erfüllt worden. Reformtempo und Reformbegeisterung sind keine österreichischen Krankheiten.

**Standard:** Warum ist das so?

**Schilcher:** Bei uns werden immer alle gefragt. Das ist dieses Sozialpartnerdenken. Ich versammle alle 50, die irgendein Interesse an der Sache haben und komme dann mit Sicherheit nie zu einem Ergebnis. Einer oder zwei von ihnen sind immer dagegen. Dann wird nicht entschieden, weil wir kein Wagnis eingehen, sondern uns immer total absichern.

**Standard:** Woher kann der Impuls für Reformen kommen? Muss es so lange keine Reformen geben, bis es den Wählern reicht und sie etwa mit Volksbegehren intervenieren?

**Schilcher:** Nach meiner Erfahrung gibt es zwei Anstöße. Der eine ist, wenn ein ganzes System oder ein Teil davon an die Wand gefahren wird. Beispiel Verstaatlichte 1986. Als die ganz hin war, hat man sie wiederaufbauen können, und zwar sehr sinnvoll und vernünftig. Das hält bis heute. Zweite Möglichkeit ist das Volksbegehren, aber nicht allein. Wir haben beim Konferenzzentrum 1,4 Millionen Stimmen dagegen gehabt - trotzdem ist es gebaut worden. Da war die internationale Seite gegen das Volksbegehren. Wenn aber die internationale breite Meinung mit dem Volksbegehren läuft, und das haben wir jetzt in der Schulpolitik erstmals durch EU-Beitritt, durch PISA, PIRLS, TIMSS etc., ist wahrscheinlich eine Konstellation gegeben, wo es geht.

**Standard:** Die Regierung zeigt auf einmal eine gewisse Betriebsamkeit, im Ministerrat werden Fahrpläne beschlossen, Ministerin und ÖVP-Bildungssprecher präsentieren Pakete. Wie deuten Sie das?

**Schilcher:** Ich habe unlängst eine Diskussion mit ÖVP-Bildungssprecher Werner Amon in Graz gehabt. Da hat er Sachen gesagt, die aus seinem Mund erstaunlich waren: Wir müssen jetzt endlich etwas gegen die Gewerkschaften unternehmen, die können nicht allein Bildungspolitik machen. Wir müssen mehr agieren, statt zu reagieren usw. Ich habe dann zu ihm gesagt: Du bist ja eigentlich reif fürs Volksbegehren; ich habe da eine Unterstützungserklärung, unterschreib sie doch. Sagt er: Nein, wir werden das machen, was ihr nur begehrt. Und hat dann offen zugegeben, dass die ÖVP durch das Volksbegehren stimuliert wurde, offensiv zu werden.

**Standard:** ÖVP-Klubobmann Karlheinz Kopf sagte im Standard-Interview: "Da ist ein Selbstläufer in Bewegung geraten, der einfach lautet: 'Es geht in diesem Land nichts weiter.' Ich behaupte, dass das so nicht stimmt." Ist das Bildungsvolksbegehren ein Irrläufer?

**Schilcher:** Sicher nicht. Sanfte Kritik an der politischen Einfallslosigkeit in Österreich hat es immer gegeben. Aber jetzt ist das in einem Ausmaß gesteigert worden, das dramatisch ist. Die Leute haben angesichts der PISA-Vergleiche das Gefühl, unser Bildungssystem befinde sich im freien Fall. 2006 hatten wir noch 21 Prozent der 15-Jährigen, die nicht sinnerfassend lesen konnten, beim letzten PISA-Test waren es schon 28 Prozent. Das bekommt einen galoppierenden Charakter. Der wiederum erzeugt ein sehr verärgertes Publikum, das fragt: Wieso geschieht da nichts?

**Standard:** Kann das neue ÖVP-Bildungskonzept helfen, die Blockade aufzubrechen? Der Kernsatz ist: "Das Gymnasium bleibt."

**Schilcher:** Das sind nach meinem Gefühl letzte Rückzugsgefechte der ÖVP, die Gegnerschaft zur gemeinsamen Schule und zum späteren Trennen der Schüler. Mindestens so wichtig ist jedoch, dass wir den Unterricht radikal verändern, so früh wie möglich nach den Stärken und Begabungen aller Schüler suchen und nicht nach ihren Defiziten. Dazu kommt, dass wir jeden Schüler von Anfang an fördern, in seinen Begabungen und bei den Schwächen. Ich habe den Eindruck, dass es dafür eine große Bereitschaft gibt - auch in der ÖVP. Es stößt sich nur noch an der Frage: Darf man das alte, ehrwürdige Gymnasium in der Unterstufe reduzieren?

**Standard:** Darf man?

**Schilcher:** Selbstverständlich, wenn es die ganze Welt getan hat. Es sind ja nur noch die Deutschen und Österreicher, die es nicht tun.

**Standard:** Sie waren Mitautor des "Salzburger Programms" der ÖVP. Jetzt ist wieder ein neues Parteiprogramm in Arbeit. Wo sehen Sie Änderungsbedarf gegenüber 1972?

**Schilcher:** Ich habe keine Ahnung, in welche Richtung das neue Programm gehen soll. Ich habe die Offenheit des Salzburger Programms sehr geschätzt. Das war sowohl für den christlich-sozialen Flügel lebbar als auch für den liberalen. Ich kann mir da schwerlich eine Verbesserung vorstellen. Ich fürchte eher eine weitere Verschlechterung. Meiner Meinung nach wird die ÖVP eher enger statt offener.

**Standard:** Damals hat sich die ÖVP zu einer "partnerschaftlichen Gesellschaft" bekannt und als "christliche" Partei und "progressive Mitte" verortet. Aus Ihrer Sicht müsste sie sich nur auf das "Salzburger Programm" konzentrieren?

**Schilcher:** Es umsetzen, nicht nur irgendwo aufbewahren. Ich habe zunehmend den Eindruck, dass uns nicht die Programme und Konzepte fehlen, sondern die Politiker, die daraus was machen.

**Standard:** Ist Josef Pröll der beste ÖVP-Obmann, den die Volkspartei derzeit finden kann?

**Schilcher:** Ich habe ihn am Anfang sehr geschätzt, als er die Perspektivengruppe eingesetzt hat und vieles gesagt hat, was mir sinnvoll und zukunftsweisend erschienen ist. Dann hat er gemeinsam mit dem Kanzler die Bildungsministerin in einer Art und Weise im Regen stehen lassen, die

unerträglich war. Das hat er wiederholt, als es um neuerliche Anmaßungen der Länder in der Schulpolitik gegangen ist. Hier zeigen sich erhebliche Ängste, sobald Konflikte mit den Ländern oder den großen Gewerkschaften drohen. Beide Gruppen können die Wiederwahl als Parteiboss gefährden. Also behandelt man sie wie die rohen Eier. Diese strukturelle Feigheit teilt Pröll mit Faymann. Es tut mir leid, wenn ich das sagen muss, während Josef Pröll an einer schweren Erkrankung laboriert. (Lisa Nimmervoll, DER STANDARD; Printausgabe, 12.4.2011)

**BERND SCHILCHER** (70) war Professor für Bürgerliches Recht an der Uni Graz, 1970 bis '93 ÖVP-Abgeordneter im steirischen Landtag, '89-'96 Landesschulratspräsident. 2007 holte ihn Unterrichtsministerin Claudia Schmied (SPÖ) als Vorsitzenden der Expertengruppe zur Schulreform, vor kurzem als Mitglied der Approbationskommission für die Neue Mittelschule. Er ist Leiter des Redaktionsteams des Bildungsvolksbegehrens.

<http://derstandard.at/1302515903541/Standard-Interview-Die-strukturelle-Feigheit-teilt-Pröll-mit-Faymann>

## STUDIE

### **Mangelnde Bildung kostet Milliarden - Schlechte Bildung und fehlende Berufsabschlüsse sind teuer: Einer neuen Studie zufolge kosten Schul- und Ausbildungsabbrecher den Staat jährlich Milliarden.**

Etwa 150 000 junge Menschen starten jährlich ohne eine abgeschlossene Ausbildung ins Berufsleben. „Wenn es nicht gelingt, diese Zahl zu halbieren, entstehen für die öffentlichen Haushalte Belastungen in Höhe von 1,5 Milliarden Euro pro Altersjahrgang“, warnen Forscher um die Professorin für Bildungssoziologie, Jutta Allmendinger, vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB). Hohe Verluste für den Staat

Vor allem die Einnahmeverluste aufgrund geringerer Lohnsteuer-Zahlungen kommen den Staat teuer zu stehen, schreiben die Autoren der Studie. Diese Folgekosten entstehen durch entgangene Lohnsteuern und Beiträge zur Arbeitslosenversicherung sowie Ausgaben für Arbeitslosengeld und notwendige Sozialtransfers – davon fallen zu 40 Prozent auf Bundesebene an, 30 Prozent tragen die Bundesländer und jeweils 15 Prozent entfallen auf die Kommunen und die Bundesagentur für Arbeit.

Risikogruppe Hauptschüler

„Wer in Deutschland ohne Ausbildungsabschluss bleibt, hat kaum Chancen auf eine erfolgreiche Integration in den Arbeitsmarkt“, sagte Jörg Dräger, Vorstandsmitglied der Bertelsmann-Stiftung. Fehlende Ausbildung führe zu hohem Arbeitslosigkeitsrisiko und niedrigen Einkommen.

Einen Großteil der Jugendlichen ohne Ausbildungsabschluss stellt mit 52 Prozent die Gruppe der Hauptschulabsolventen. 22 Prozent umfasst die Gruppe der jungen Erwachsenen ohne jeden Schulabschluss. Mit einem Anteil von 26 Prozent bleiben zunehmend aber auch Realschulabsolventen ohne Ausbildung. Daher fordert die Bertelsmann-Stiftung, allen ausbildungsfähigen Jugendlichen eine Garantie auf einen Ausbildungsplatz zu geben. Neben dem dualen System müssten dafür ergänzende, öffentlich geförderte Ausbildungsplätze geschaffen werden.

Die Autoren der Studie legen nahe, dass für jeden jungen Menschen ohne Ausbildungsabschluss heute rund 22 000 Euro investiert werden könnten, ohne dass bei den öffentlichen Haushalten künftig zusätzliche Kosten entstehen würden. Denn die Zahlungen amortisierten sich über Lohnsteuer und Sozialabgaben der Jugendlichen, die es schließlich doch schafften, mit Förderung eine Arbeitsstelle zu ergattern.

Zwischen den Bundesländern gibt es dabei je nach Zusammensetzung und Anteil der Jugendlichen ohne Ausbildungsabschluss Unterschiede: Die Folgekosten pro Kopf liegen zwischen 17 000 Euro in Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern und 23 000 Euro in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz.

zum Thema

- [Bildung](#)
- [Reformen machen Deutschland reich](#)

Schlagwörter

- [Bildungspolitik](#)
- [Schulabbrecher](#)

[http://www.focus.de/schule/schule/bildungspolitik/studie-mangelnde-bildung-kostet-milliarden\\_aid\\_617584.html](http://www.focus.de/schule/schule/bildungspolitik/studie-mangelnde-bildung-kostet-milliarden_aid_617584.html)

## WERTES UNWERTES LEBEN - BEHINDERUNG – MENSCHEN MIT BESONDEREN BEDÜRFNISSEN

### **Schrittwieser-Sager sorgt für Aufregung**

□RF.at

wenn ich weiß, dass keine Verbesserung möglich ist, **warum belästige ich dann ein Kind mit einer Therapie oder einer Frühförderung?** Es ist folgende gedruckte Aussage des Soziallandesrates, die für gehörigen Wirbel sorgt: "... wenn ich weiß, ...

### **Steirische Grüne nach SPÖ-Aussage zu Frühförderung empört**

Kleine Zeitung

Klubchefin Ingrid Lechner-Sonnek hatte nach der Schrittwieser-Aussage **"Wenn ich weiß, dass keine Verbesserung möglich ist, warum belästige ich dann ein Kind mit einer Therapie oder einer Frühförderung?"** eine Entschuldigung gefordert. ...

### **Lechner-Sonnek fordert "Sozial-Landesrat" Schrittwieser auf sich zu entschuldigen!**

Bizeps Info

**"Wenn ich weiß, dass keine Verbesserung möglich ist, warum belästige ich dann ein Kind mit einer Therapie oder einer Frühförderung?"**-Zitat ist eines sozialdemokratischen Sozial-Landesrates mehr als unwürdig: "Entschuldigung ist erforderlich! ...

### **WERTES UNWERTES LEBEN**

**Ich weiß schon, Landesrat Schrittwieser hat es „S O“ nicht gemeint. Und dennoch: „warum belästige ich ein Kind mit einer Therapie oder einer Frühförderung“, wenn ich weiß, dass keine Verbesserung möglich ist, ist für mich mehr als eine „euphemische“ Umschreibung für die Notwendigkeit von Kürzung von Landesmitteln aus dem Sozialressort. Es erinnert einfach an Zeiten, in denen „unwertes Leben“ ausgemerzt worden ist.**

**Wenn wir uns schon bei viel „weniger grauslichen“ Sätzen wie „unsere Ehre heißt Treue“ mit Recht empören – wie viel mehr dann in diesem Fall!**

Und was fällt ORF und der Kleinen Zeitung anderes ein als „die Grünen sind empört“? Die überregionalen Medien nahmen davon anscheinend überhaupt keine Notiz... Nicht einmal BIZEPS könnte sich zu einer eigenständigen Protestresonanz aufraffen?!

Die Gewalt hat viele Gesichter: Waren es in der NS-Zeit die Zwangssterilisierungen und Morde in den Gaskammern und Spitälern oder die Abstempelung als "unnütze Esser", so sind es heute die Bedrohung durch Thesen von Philosophen und Wissenschaftlern, Aussagen von Politikern oder die strukturelle Gewalt, der behinderte Menschen im gesamten Lebensbereich ausgeliefert sind.

Wehret den Anfängen!

*Johannes-Maria Lex*

[johannes-maria.lex@aon.at](mailto:johannes-maria.lex@aon.at)

Bezug: Interview in der Zeitschrift „frontal“ <http://www.frontal.at>

## BILDUNGSANSTALTEN FÜR KINDERGARTENPÄDAGOGIK

Übersicht BAKIP's

Übersicht Aus- & Fortbildung an BAKIP's

→ **Siehe auch: Kindergärten: Frühförderung als Störhilfe. Zu große Gruppen in Kindergärten, schlecht ausgebildetes Personal: Pädagogen sind frustriert.**

→ **Siehe auch: Weg vom Wutbürger – hin zum Mutbürger: BILDUNGSINSTITUTIONEN GRUNDLEGENDE VERÄNDERN!**

## BILDUNG, BILDUNGSPLANUNG, BILDUNGSPOLITIK

Elementarpädagogische Datenbank

### **Katholische Elternvereine unterstützen androsch**

DiePresse.com

Präsident Mandahus sieht die Forderungen aber "nicht allzu dogmatisch". Vizekanzler Androsch kritisiert die Lehrgewerkschaft als "Blockierer". Die katholischen Elternvereine unterstützen das Bildungsvolksbegehren, das der Ex-SP-Vizekanzler Hannes ...

### **Katholische Elternvereine unterstützen Bildungsvolksbegehren**

ORF.at

Als „gute Chance, in die Bildungsdiskussion neuen Schwung und neue Ideen zu bringen“, sieht Stefan Mandahus, Präsident des Hauptverbands Katholischer Elternvereine, das „Volksbegehren Bildungsinitiative“. Bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit ...

### **Bildungsvolksbegehren: Unterstützung durch Katholische Elternvereine**

APA OTS (Pressemitteilung)

Wien, 11.04.11 (KAP) Die Katholischen Elternvereine unterstützen das vom Industriellen Hannes Androsch initiierte Bildungsvolksbegehren - auch wenn sie nicht mit jedem einzelnen Punkt einverstanden sind. Wie Stefan Mandahus, Präsident des Hauptverbands ...

### **ÖKNÖ unterstützt Bildungsvolksbegehren**

APA OTS (Pressemitteilung)

Die ÖKNÖ unterstützt das Bildungsvolksbegehren in allen 12 Punkten. Haneder: "Ich hoffe, dass mit dem Volksbegehren das Thema Bildung noch intensiver diskutiert wird. Sowohl in der Regierung, als auch in der Gesellschaft. Nur mit umfangreichen Reformen ...

### **Studie: Schlechte Bildung führt zu Milliardenkosten - Berlin**

FOCUS Online

Berlin (dpa) – Schlechte Bildung und fehlende Berufsabschlüsse kosten die Allgemeinheit Milliarden. Das ergab eine Studie des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung im Auftrag der Bertelsmann Stiftung. Jährlich gingen 150 000 junge Menschen ...

## BUNDESLÄNDERMELDUNGEN, BUNDESVERFASSUNGSREFORM, VERWALTUNGSREFORM

Gesetze Bundesländer

Bundeskanzleramt RIS Informationsangebote

### **Städtebund: Ausbau Sozialer Dienstleistungen für Kommunen wichtig**

Wien (OTS) - "Der Ausbau sozialer Dienstleistungen wie Kinderbetreuung, Pflege oder Mobilität ist ein Schlüssel für die Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von Frauen und Verbesserung der Lebensqualität insgesamt. Dabei kommt Städten und Gemeinden bei der Entwicklung dieser Infrastruktur eine tragende Rolle zu", sagte heute, Freitag, Städtebund-Generalsekretär Thomas Weninger anlässlich der Tagung "Vernetzung Sozialer Dienstleistungen" von Arbeiterkammer, Österreichischem Städtebund und Österreichischem

Gemeindebund.

Die Ergebnisse der Studie "Soziale Dienstleistungszentren als Antwort auf die Konjunktur- und Strukturkrise" von Gudrun Biffl, die bei der Tagung präsentiert wurden, zeigen deutlich, dass Investitionen in den Bildungsbereich Sinn machen, weil Arbeitsplätze in diesem Bereich konjunkturabhängig und krisensicher sind.

"Um bedarfsgerechte Angebote auch in finanziell schwierigen Zeiten sicherzustellen, müssen sich Städte und Gemeinden zunehmend besser vernetzen und untereinander kooperieren", so Städtebund-Generalsekretär Thomas Weninger.

Die vielfachen Vorteile einer gut ausgebauten sozialen Infrastruktur, aber auch die notwendigen Rahmenbedingungen für eine Stärkung der Kooperation und Arbeitsteilung wurden bei der Tagung im AK Bildungszentrum aufgezeigt.

Rückfragehinweis:

PID-Rathauskorrespondenz:  
[www.wien.gv.at/trk/](http://www.wien.gv.at/trk/)  
 Mag.a Saskia Sautner  
 Mediensprecherin  
 Österreichischer Städtebund  
 Telefon: 01 4000-89990  
 E-Mail: [saskia.sautner@staedtebund.gv.at](mailto:saskia.sautner@staedtebund.gv.at)  
[www.staedtebund.gv.at](http://www.staedtebund.gv.at)

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/174/aom>

\*\*\*  TS- ORIGINALTEXT PRESSEAUSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW. TS.AT \*\*\*

## BURGENLAND



Burgenland: [www.burgenland.at](http://www.burgenland.at)

Meldungen: keine

## KÄRNTEN



Kärnten: [www.ktn.gv.at](http://www.ktn.gv.at)

Meldungen: keine

## NIEDERÖSTERREICH



Niederösterreich: [www.noe.gv.at](http://www.noe.gv.at)

Meldungen:

### Niederösterreich will Lehrer-Uni

NÖN  nline

Die Fäden zieht dabei ÖVP-Klubobmann Klaus Schneeberger: „Wir brauchen in Niederösterreich eine eigene Universität für pädagogische Berufe.“ Der Standort wäre klar: die derzeitige Pädagogische Hochschule in Baden. Zukünftig mit der Aufwertung, ...

[Lehrerausbildung neu: Uni für Pädagogen](#)  RF.at

[Schneeberger: Niederösterreich braucht eigene "Universität für pädagogische ...](#) APA  TS (Pressemitteilung)

[DiePresse.com](#)

[Alle 5 Artikel »](#)

### Diplomverleihung an 23 neue interkulturelle MitarbeiterInnen - Mikl-Leitner: NÖ ist Vorreiter bei interkultureller Pädagogik im Kindergarten

St. Pölten ( TS/NLK) - "Ich freue mich sehr, dass wir nun mit weiteren 23 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unser Konzept der interkulturellen Pädagogik weiter ausbauen können", erklärte die für Kindergärten zuständige Landesrätin Mag. Johanna Mikl-Leitner anlässlich einer Diplomverleihung in dieser Woche. "Mit nun insgesamt 66 interkulturellen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sind wir bestens aufgestellt, um integrative und spielerische Sprachförderung überall dort anbieten zu können, wo sie benötigt wird", freut sich Mikl-Leitner.

Niederösterreich setzt schon seit Jahren auf das Erfolgskonzept der interkulturellen Pädagogik. Dabei sind interkulturelle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Kindergärten tätig, welche die Kindergartenpädagoginnen in der integrativen und spielerischen

Sprachförderung unterstützen. Dadurch entsteht eine Win-Win-Situation, weil Kinder mit nicht deutscher Muttersprache die deutsche Sprache lernen und Kinder mit deutscher Muttersprache die Chance bekommen, andere Kulturen kennen zu lernen. Dass Niederösterreich damit auf dem richtigen Weg ist, beweist allein schon die Tatsache, dass andere Bundesländer unserem Vorbild gefolgt sind. "Seitens der Europäischen Union wurde unser Konzept der interkulturellen Pädagogik sogar mit dem Europasiegel für innovative Sprachprojekte ausgezeichnet", ist Mikl-Leitner stolz.

In Niederösterreich beginnt die sprachliche Frühförderung bereits mit dem Eintritt des Kindes in den Kindergarten und somit seit Herbst 2008 schon mit 2,5 Jahren. "Wir wissen, je früher die Sprachförderung beginnt, desto größer der Erfolg bei den Kindern und desto besser funktioniert letztlich auch die Integration", erklärt die Landesrätin.

Ein weiterer Vorteil ist, dass in Niederösterreich der Kindergarten für 30 Stunden am Vormittag gratis ist. Das trägt wesentlich dazu bei, dass es in Niederösterreich kaum Probleme des Beherrschens der deutschen Sprache beim Eintritt in die Schule gibt. 98 Prozent aller 5- bis 6-Jährigen besuchen den Kindergarten und nutzen dieses Gratis-Angebot", so Mikl-Leitner abschließend.

Nähere Informationen: Büro LR Mikl-Leitner, Mag. Susanne Schiller, Telefon 02742/9005-12626, e-mail susanne.schiller@noe.gv.at.

Rückfragehinweis:

Niederösterreichische Landesregierung  
Stabstelle Öffentlichkeitsarbeit und Pressedienst  
Tel.: 02742/9005-12172  
www.noe.gv.at/nlk

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/14/aem>

\*\*\* OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT \*\*\*

---

## Leichtfried: Niederösterreich braucht mehr Kinderbetreuungsplätze sowie verstärkten Ausbau der Neuen Mittelschule - NÖ Schul- und Kindergartenfonds steht vor großen Herausforderungen

St. Pölten, (OTS/SPI) - Der NÖ Schul- und Kindergartenfonds ist eine unverzichtbare Fördereinrichtung, die Gemeinden in ihrer Funktion als Schulerhalter beim Neuaufbau sowie der Einrichtung und Gestaltung der NÖ Schulen und Kindergärten maßgeblich unterstützt. "Aus dem Geschäftsbericht 2010 des NÖ Schul- und Kindergartenfonds geht hervor, dass auch im abgelaufenen Jahr einiges Geld in die Hand genommen wurde, um in die Bildung von Kindern und Jugendlichen in Niederösterreich zu investieren. Die Zahlen zeigen aber auch, dass trotz großem Mitteleinsatz in der Vergangenheit in vielen Bereichen Nachhilfbedarf bestand und auch in Zukunft massive Investitionen getätigt werden müssen", betont SPNÖ-Bildungssprecher Klubobmann LAbg. Mag. Günther Leichtfried.

Für Leichtfried ist der NÖ Schul- und Kindergartenfonds aber auch ein bedeutsames Instrumentarium für die Chancengestaltung künftiger Generationen. "Bei allen bildungspolitischen Diskussionen darf auf keinen Fall außer Acht gelassen werden, dass neben der Unterrichtsform auch das infrastrukturelle Umfeld den zeitgemäßen Anforderungen entsprechen sollte. Diese Tatsache muss unbedingt auch bei den künftigen Budgetplanungen Berücksichtigung finden. Erst jüngst hat wieder eine Studie bestätigt, dass der Ausbau der Kinderbetreuungsplätze sowie die Ganztagschule von der Mehrheit der Eltern als wesentlich für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie angesehen werden. Bis dato existieren aber in Niederösterreich immer noch zu wenig Kinderbetreuungsplätze, der flächendeckende Ausbau der Ganztagschule stößt und auch der rasche Ausbau der Neuen Mittelschule benötigt einen viel besser dazugewerteten finanziellen Rahmen", so Leichtfried. (Schluss) ha

Rückfragehinweis:

SPNÖ-Landtagsklub  
Mag. Anton Heinzl  
Pressereferent  
Tel.: Tel: 02742/9005 DW 12576, Mobil: +43 676/4073709  
<mailto:anton.heinzl@noel.gv.at>  
[www.landtagsklub.noe.spoe.at](http://www.landtagsklub.noe.spoe.at)

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/193/aem>

\*\*\* OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT \*\*\*

---

## OBERÖSTERREICH

Oberösterreich: [www.oe.gv.at](http://www.oe.gv.at)




---

**Meldungen:**
**Schwarzer Ärger über Schmied**

nachrichten.at

Schwere Verärgerung in Oberösterreichs ÖVP löst eine Umfärbeaktion aus, die Bildungsministerin Claudia Schmied (SP) bei der Pädagogischen Hochschule Oberösterreich vornehmen will. Die Ministerin plant, den bislang klar von VP-nahen Mitgliedern ...

**Beratung: Damit Schule die Lehrer nicht krank macht**

nachrichten.at

Ein neues Beratungszentrum für Pädagogen an der Pädagogischen Hochschule (PH) der Diözese Linz soll Lehrer durch Coaching und Mediation im Alltag unterstützen. Vier traumatisierte Kinder sitzen in der Klasse, in der Lehrer Wolfgang B. Klassenvorstand ...

**Jahn: Sozialstaat ist wirtschaftlicher Erfolgsfaktor**

Utl.: Sozial- und Bildungsmilliarde bringt Jobs und entlastet Budget =

Linz (OTS) - "Kürzungen beim Sozialstaat sind ungerecht und stellen ein Konjunkturrisiko dar", warnt SP-Klubobmannstellvertreterin Mag.a Gertraud Jahn vor kurzfristiger Budgetsparerpolitik anlässlich der aktuellen Wirtschaftsprognosen. "Basis für erfolgreiches Wirtschaften und mehr Budgetspielraum sind eine gerechte Verteilung und ein zukunftsorientierter Sozialstaat", stellt Jahn fest. Eine Bildungs- und Sozialmilliarde ist eine Investition für mehr Arbeitsplätze und ein budgetäres Haushaltsplus. Dazu soll ein Finanzierungsbeitrag von den Reichsten geleistet werden in Form einer Vermögenssteuer ab einer Million Euro.

Das Wirtschaftsforschungsinstitut WIFO hatte in seiner Frühjahrsprognose den EU-weiten Schwenk zu einer restriktiven Budget- und Wirtschaftspolitik als Risiko für die Konjunkturerholung bewertet. Daher spricht sich Jahn für nachhaltige Investitionen aus, denn: "Investitionen in den Sozialstaat sind auch ökonomisch sinnvoll" betont die Wirtschaftssprecherin der SP im OÖ Landtag. "Eine Professionalisierung sozialer Dienstleistungen ist der Schlüssel für mehr Lebensqualität, mehr lokales Wirtschaftswachstum und mehr Geschlechtergerechtigkeit."

Nach Berechnungen von AK und ÖGB überwiegen die positiven Effekte von zielgerichteten Bildungs- und Sozialinvestitionen die Ausgaben bereits nach wenigen Jahren. Wird etwa eine halbe Milliarde Euro in dringend benötigte Kinderbetreuung mit adäquaten Öffnungszeiten investiert, entstehen direkt und indirekt 38.000 neue Arbeitsplätze und nach zehn Jahren ein deutliches Plus im Budget. Umgelegt auf Oberösterreich könnten mit 90 Millionen Euro mehr als 6000 reguläre Arbeitsplätze in den Gemeinden entstehen.

"Investitionen in den Sozialstaat beleben die lokale Wirtschaft und erhöhen die Einkommens- und Beschäftigungsperspektiven, insbesondere von Frauen", so Gertraud Jahn. Das ist gerade jetzt wichtig, da bei Einkommen und Konsum eine schwache Entwicklung prognostiziert wird, was wiederum schlecht für die Konjunktur und das Budget ist. Zur Finanzierung der Anfangskosten fordert Jahn einen Teil der Einnahmen aus einer Steuer auf Millionenvermögen. "Mit einer Millionärssteuer können 3 Milliarden Euro ins Budget fließen, die für nachhaltige Investitionen verwendet werden können", so Jahn.

Rückfragehinweis:

SPÖ-Landtagsklub  
Mag. Andreas Ortner  
Tel.: 0732/7720-11313

 Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/194/aom>

\*\*\* OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT \*\*\*

---

**SALZBURG**

 Salzburg: [www.salzburg.gv.at](http://www.salzburg.gv.at)


---

**Meldungen: keine**


---

**STEIERMARK**

 Steiermark: [www.steiermark.at](http://www.steiermark.at)


---

**Meldungen:**
**Steirische Grüne nach SPÖ-□ussage zu Frühförderung empört**

Kleine Zeitung

Klubchefin Ingrid Lechner-Sonnek hatte nach der Schrittwieser-Aussage "Wenn ich weiß, dass keine Verbesserung möglich ist, warum belästige ich dann ein Kind mit einer Therapie oder einer Frühförderung?" eine Entschuldigung gefordert. ...

[Schrittwieser-Sager sorgt für Aufregung](#) ORF.at

[Lechner-Sonnek fordert "Sozial-Landesrat" Schrittwieser auf sich zu entschuldigen!](#) Bizeps Info  
[Alle 3 Artikel »](#)

Hintergrund siehe:

- [Schrittwieser-Interview](#)
- [Edlinger-Ploder-Interview](#)
- [Finanzexperte Sturm im Interview](#)

### Graz: Neues "Fachdidaktikzentrum Religion" eröffnet

Kathweb

Das vor kurzem neu gegründete Zentrum ist ein Kooperationsprojekt von Kirchlich-Pädagogischer Hochschule Graz, Pädagogischer Hochschule Steiermark, Landesschulrat für die Steiermark und Universität Graz. Ziele des Zentrums sind ua eine fachlich und ...

### Nächste Groß-Demo gegen Sparpaket am 26. April - Gewerkschaftsspitzen rufen zur nächsten Groß-Demo gegen das steirische Sparpaket auf. "Die sozialen Härten sind so nicht zu akzeptieren", erklärte der steirische ÖGB-Chef Horst Schachner am Montag.

Während Montagmittag die Protestwelle gegen das Sparpaket das Landhaus in Graz mit einer Menschenkette erreichte, brüteten die Gewerkschaftsspitzen über der Frage, wie sich ihre Landtagsabgeordneten bei der Budgetabstimmung verhalten sollen. Da es laut Gewerkschaftern auch am Montag noch keine positive Signale von der Politik gibt, Benachteiligungen von sozial Schwachen und Pendlern zu entschärfen, wurde eine neue Demo für den 26. April beschlossen. Diese soll dann mit Tausenden Demonstranten vom Burgring über den Operring und die Herrengasse bis zum Hauptplatz ziehen. "Die sozialen Härten des Sparpakets sind so nicht zu akzeptieren", argumentierte der steirische ÖGB-Chef Horst Schachner den Aufruf zur Demo. Bereits am 17. März hatte der Gewerkschaftsbund seinen Unmut über das Doppel-Sparbudget 2011/2012 im Hof der Grazer Burg - dem Regierungssitz - kundgetan.

<http://www.kleinezeitung.at/steiermark/graz/graz/2719205/naechste-gross-demo-gegen-sparpaket-26-april.story>

## TIROL



Tirol: [www.tirol.gv.at](http://www.tirol.gv.at)

### Meldungen:

#### Universität oder Fakultät? Ringen um die Pädagogenausbildung

[tt.com - Wo's Click macht](#)

Innsbruck – Der Rektor der Pädagogischen Hochschule, Markus Juranek, ließ es sich bei der Veranstaltung mit Ministerin Claudia Schmied (SPÖ) Mittwochabend nicht nehmen, dieser ein Papier mit 25 Punkten zu überreichen. Conclusio: Es braucht eine eigene ...

## VORARLBERG



Vorarlberg: [www.vorarlberg.at](http://www.vorarlberg.at)

### Meldungen:

#### Lehrer sollen Umgang mit Begabten lernen

ORF.at

An der Pädagogischen Hochschule in Feldkirch wird ab Herbst erstmals eine Lehrer-Zusatzausbildung für Begabtenförderung angeboten. Potentiale hochbegabter Kinder werden oft nicht erkannt und können dadurch verloren gehen. Rund zwei Prozent der Schüler ...

## WIEN



Wien: [www.wien.gv.at](http://www.wien.gv.at)

### Meldungen:

#### Wien setzt auf umfassende Sprachförderung

Utl.: Besondere Unterstützung für SeiteneinsteigerInnen =

Wien (OTS) - "Grundvoraussetzung für Integration, gesellschaftliche Teilhabe und größtmöglichen individuellen Bildungserfolg ist, dass alle Menschen eine gemeinsame Sprache sprechen. Deshalb trägt Wien Sorge dafür, dass alle Kinder Deutsch verstehen und sprechen lernen", betonten heute Bildungsstadtrat Christian Oxonitsch und Stadtschulratspräsidentin Susanne Brandsteidl im Rahmen des Pressegesprächs von Bürgermeister Dr. Michael Häupl.

Das Wiener Spracherwerbskonzept umfasse eine Vielzahl von Maßnahmen: Angefangen vom 1+1-Fördermodell mit dem verpflichtenden Kindergartenjahr und der Vorschule, über Förderkurse in der Volksschule bis hin zu unterstützenden muttersprachlichen Zusatzangeboten. "Ganz zentral ist für uns dabei, dass alle SchülerInnen, die als sogenannte "SeiteneinsteigerInnen" später in das österreichische Schulwesen eintreten, eine besonders intensive Förderung bekommen", so Oxonitsch und Brandsteidl. "Für diese umfassende Förderung sorgen die Sprachförderkurse für

SeiteneinsteigerInnen an Wiener Volksschulen, KMS/Hauptschulen und in der Wiener Mittelschule."

Details zu den SeiteneinsteigerInnen-Kursen

Das Modell der Sprachförderung an den Wiener Volksschulen und KMS/Hauptschulen umfasst 11 Stunden pro Woche und ergänzt bestehende Maßnahmen wie das BegleitlehrerInnen-Modell oder den muttersprachlichen Unterricht. Das Besondere an diesem Konzept: Es ist speziell an Kinder mit einem außerordentlichen Status in dieser Schulart gerichtet. Zumeist handelt es sich hierbei um so genannte "SeiteneinsteigerInnen", somit SchülerInnen mit Migrationshintergrund, die ihre Schullaufbahn nicht von Anfang an in Österreich begonnen haben. Ein Großteil dieser Kinder verfügt über ein reines "Survival"-Deutsch und wird auf Basis eines Screenings, das an den Schulen erfolgt, der Sprach-Kompetenzstufe A1 (SeiteneinsteigerInnen-Anfänger) oder A2 (SeiteneinsteigerInnen-Fortgeschrittene) zugeordnet.

Ziel der Förderkurse ist es, diese Kinder möglichst schnell in die Kompetenzstufe B (Kenntnisse der deutschen Sprache sind vorhanden, noch kann jedoch nicht voll den Anforderungen des Lehrplans entsprochen werden) und letztlich die Kompetenzstufe C (dem Unterricht kann problemlos gefolgt werden) zu führen. Um dies zu erreichen, werden Sprach-Förderkursen von eigens geschulten LehrerInnen abgehalten. Die Kinder bekommen hier die Möglichkeit, in Kleingruppen intensiv die Grundlagen der deutschen Sprache zu erarbeiten. Sie werden dabei genau dort abgeholt, wo sie stehen und so rasch wie möglich fit für den normalen Unterricht gemacht.

Zielgruppe sind SchülerInnen mit außerordentlichem Status in der Volksschule oder KMS/Hauptschule. Derzeit werden ca. 3.600 Kinder, die auf Grundlage eines "Screenings" der (Sprach)-Kompetenzstufe A zugeordnet werden, in diesen Kursen betreut. Dreiviertel der Kinder erreichen das Ziel. Wenn sich die SchülerInnen in der Alltagssprache bewegen können, aber noch Unterstützung für die Umsetzung der Lehrplaninhalte benötigen, bekommen sie zusätzlich eine so genannte "nachhaltige Sprachförderung", das bedeutet ein weiteres Jahr Sprachförderung. Eine Verlaufsdocumentation führt über den Fortschritt der Kinder Buch. Dieser Beobachtungsbogen ist Grundlage der Förderdocumentation. Teilbereiche, die noch nicht beherrscht werden, sollen so gezielt trainiert werden. Am Jahresende melden die Sprachförderlehrer, in welcher Kompetenzstufe die Kinder sich befinden. Dies wird in der Schlussdocumentation festgehalten.

LehrerInnen, die im Rahmen dieser speziellen Sprachförderung Kinder nicht-deutscher Muttersprache unterrichten, bekommen auf das Konzept abgestimmte zusätzliche Fortbildungsveranstaltungen angeboten.

Methodisch orientieren sich Sprachförderkurse an der Tatsache, dass Schulanfänger der Kompetenzstufe A in der Regel noch nicht in der deutschen Sprache alphabetisiert sind und damit der Spracherwerb durch eine lebendige Methodik aus Sprechen und Hören erfolgen kann. Auch die Gestaltung des Unterrichts nimmt Bezug auf die konkreten Lebenswelten der Kinder. Durch die geringe Gruppengröße von maximal 15 Kindern (Minimumzahl 8) ist diese Form des Unterrichtens auch gut umsetzbar.

"Natürlich lösen diese Kurse nicht die gesamte Problematik, die sich bei einem so späten Eintritt von Kindern ohne ausreichenden Deutschkenntnissen ins österreichische Schulwesen ergibt, aber keine Frage: Die SeiteneinsteigerInnenkurse sind ein wichtiger Baustein einer intensiven Sprachförderung an Wiener Schulen", betonen xonitsch und Brandsteidl.

Sprachförderung auch in den Ferien

Sprachförderung wird darüber hinaus auch in den Ferien angeboten: Das erfolgreiche Ferienprojekt "Sowieso mehr! Dein Sommer. Dein Wien" wird auch in den kommenden Sommerferien weitergeführt. Das Projekt bietet Wiener Kindern zwischen 7 und 14 Jahren die Möglichkeit, an Vormittagen ihre Deutschkenntnisse zu verbessern und an den Nachmittagen zwischen einem sport- oder freizeitpädagogischen Programm zu wählen. Rund 1000 Kursplätze stehen zur Verfügung. Das Angebot können alle Wiener Kinder in Anspruch nehmen, deren Deutschnote "genügend" oder "nicht genügend" ist oder die in Deutsch nicht beurteilt wurden. Das Projekt wird von der MA17, Integration und Diversität, gefördert und in Kooperation von Interface Wien, Zeit!Raum und WAT durchgeführt.

**Frühe Förderung im Kindergarten**

"Ergänzend zu den Maßnahmen im Schulbereich ist die frühe Sprachförderung im Kindergarten eine weitere wichtige bildungspolitische Maßnahme", betont Bildungsstadtrat Christian xonitsch. "Dabei erhalten Kinder im Rahmen des verpflichtenden Kindergartenjahres eine spezielle Förderung. bwohl der Bund die Mittel für heuer nicht verlängert hat, wird diese frühe Förderung in Wien selbstverständlich weitergeführt. Ich hoffe, dass die jüngsten Aussagen von VP-Staatssekretärin Verena Remler über ein

Wiederaufleben der Förderung ab 2012 rasch in die Tat umgesetzt werden!"

Derzeit hat Wien für die Sprachförderung in privaten und städtischen Einrichtungen 100 KollegInnen im Einsatz. Diese PädagogInnen sind speziell geschult und zusätzlich in Kindergärten tätig und fördern die Kinder in Kleingruppen. "Alle Kinder, die nach diesem Jahr Frühförderung noch nicht schulreif sind, werden ein weiteres Jahr in der Vorschule gefördert", betont Christian Oxenitsch. "Somit stellen wir sicher, dass kein Kind ohne ausreichende Deutschkenntnisse in die Schule kommt!"

Lesetest zur Steigerung der Sprachkompetenz

Ein Beitrag zur Steigerung der Sprach- und Lesekompetenz sind auch die Lesetests an Wiener Schulen, die bei der PISA-Wien-Konferenz im Jänner vereinbart wurden: "Mit diesen umfassenden Tests für Wiens SchülerInnen der vierten und achten Schulstufe, die gestern zu Ende gegangen sind, haben wir einen wichtigen Schritt gesetzt. Ziel der Tests ist es, den SchülerInnen individualisierte Orientierungshilfe zu geben und umgekehrt den LehrerInnen dabei zu helfen, den Unterricht noch gezielter entlang der Stärken und Schwächen der Kinder zu gestalten", betont Stadtschulratspräsidentin Susanne Brandsteidl.

Derartige Lesetests seien österreichweit einzigartig und entsprächen ganz dem Kernauftrag der Schule, alle SchülerInnen beim Erlernen des Lesens und Schreibens zu unterstützen. Der Test wurde wissenschaftlich und logistisch vom BIFIE (Bundesinstitut für Bildungsforschung, Innovation und Entwicklung des österreichischen Schulwesens) unterstützt und vom Stadtschulrat in enger Kooperation mit den SchulleiterInnen durchgeführt. Die Ergebnisse des Testes liegen bis 17. Juni 2011 vor.

Rückfragehinweis:

Mag.a Michaela Zlamal  
Mediensprecherin Stadtrat Christian Oxenitsch  
Tel.: +43 1 4000-81930  
E-Mail: michaela.zlamal@wien.gv.at

<http://www.oxenitsch.at/>

Matias Meißner  
Medien- und Pressereferat des Stadtschulrates  
Telefon: 01 525 25-77 014  
E-Mail: michaela.zlamal@wien.gv.at

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/174/aem>

\*\*\* OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT \*\*\*

## FP-Nepp: FPÖ fordert weiterhin Vorschule für Kinder mit Deutschdefiziten - Aufwertung des Kindergartens notwendig

Wien (OTS/fpd) - Erfreut zeigt sich der Bildungs- und Jugendsprecher der FPÖ-Wien, LAbg. Dominik Nepp über die Einsicht der SPÖ im Bezug auf die Bildungsmisere in Wien. Seit Jahren macht die FPÖ darauf aufmerksam, dass Kinder, die unserer Sprache nicht flüchtig unzureichend mächtig sind, dem Regelunterricht nicht folgen können und daher daran auch nicht teilnehmen sollten. Betroffen davon sind insbesondere Kinder mit nichtdeutscher Muttersprache, weiß Nepp und fordert daher erneut ein verpflichtendes Deutsch-Jahr für Kinder mit diesbezüglichen Defiziten. Die deutsche Sprache ist eine wesentliche Voraussetzung für einen erfolgreichen Bildungsweg.

Erstaunlich findet Nepp allerdings die Tatsache, dass die SPÖ jetzt auch die frühe Sprachförderung im Kindergarten entdeckt hat. Immerhin war es doch die SPÖ selbst, die im Bereich des Kindergartens bildungspolitisch steckengeblieben ist. Es fehlt bis heute an allen Ecken und Enden, wodurch die Förderung des Einzelnen völlig zu kurz kommt und der Kindergarten zum reinen Aufbewahrungsort für Kleinkinder verkommen ist. Die SPÖ hat vor der Wahl, ohne entsprechende Vorarbeit, den Gratiskindergarten quasi als Wahlzuckerl eingeführt. Jetzt gibt es nicht nur einen Mangel an Pädagogen sondern es fehlt an allen Ecken und Enden auch an Räumlichkeiten.

Es liegt an der SPÖ, vor allem die Bezahlung und das Ansehen der Kindergärtner deutlich aufzuwerten sowie die Infrastruktur zu gewährleisten, um eine qualitativ hochwertige Kinderbetreuung und Vorbereitung auf die Schule zu ermöglichen, fordert Nepp abschließend. (Schluss)paw

Rückfragehinweis:

FPÖ-Wien, Pressestelle

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/85/aem>

\*\*\* OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER

INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT \*\*\*

---

## FRÜHFÖRDERUNG, FRÜHPÄDAGOGIK, FRÜHKINDLICHE BILDUNG

---

### **Neue Studie zu FBBE: Schweiz einmal mehr im Hintertreffen**

Eine neue Studie der Bertelsmann Stiftung belegt: Die Schweiz hinkt im Bereich der frühkindlichen Bildung den anderen Ländern der OECD hinterher. Die Studie untersucht verschiedene Faktoren der sozialen Gerechtigkeit, wie die Armutsvermeidung (I), der Zugang zu Bildung (II), die Inklusion in den Arbeitsmarkt (III), die soziale Kohäsion und Gleichheit (IV) sowie die Generationengerechtigkeit (V). Einzig in den Bereichen Armutsvermeidung und Zugang zu Bildung schneidet die Schweiz schlecht ab; in allen anderen gemessenen Bereichen belegt sie Spitzenplätze und rangiert so auf Platz 7 der insgesamt 31 Länder. Die gesamte Studie kann [hier](#) eingesehen werden.

---

## GENDER

---

### **Schwentner zum Equal Pay Day: Grüne fordern Aktionspläne gegen Einkommensungleichheiten Einkommensgerechtigkeit zwischen Frauen und Männern noch Lichtjahre entfernt**

Wien (OTS) - "Von der Einkommensgerechtigkeit zwischen Frauen und Männern sind wir immer noch Lichtjahre entfernt. Daran werden auch die neuen Einkommensberichte für Großbetriebe nicht viel ändern. Selbst wenn darin Einkommensdifferenzen aufscheinen, sind die Betriebe nicht verpflichtet gegenzusteuern. Frauenministerin Heinisch-Hosek sollte Unternehmen zu betrieblichen Aktionsplänen gegen Einkommensungleichheiten zwingen", meint Judith Schwentner, Frauensprecherin der Grünen, anlässlich des morgigen Equal Pay Day (Tag des gleichen Einkommens). Denn auch 2010 haben Frauen erst dreieinhalb Monate nach Jahresende das gleiche Einkommen wie ihre männlichen Kollegen erzielt.

"Bei der Umsetzung des nationalen Aktionsplans zur Gleichstellung von Frauen am Arbeitsmarkt ist nicht viel weitergegangen. Es gibt noch keinen gesetzlichen Mindestlohn und nur wenige qualifizierte Teilzeitarbeitsplätze. Frauen arbeiten immer öfter in a-typischen "McJobs", für die sie überqualifiziert sind", erläutert Schwentner. Es ist an der Zeit, dass die Regierung einmal einen Gang zulegt bei der Gleichstellung am Arbeitsmarkt. "In Österreich gibt es sehr viel Aufholbedarf: von guter und ausreichender Kinderbetreuung und geschlechtersensibler Berufsorientierung angefangen bis hin zu den Quoten in allen Aufsichtsratsgremien. Nur ein gut abgestimmtes Maßnahmenpaket mit Durchschlagskraft kann verhindern, dass die Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern größer werden", meint Schwentner.

Rückfragehinweis:

Die Grünen  
Tel.: +43-1 40110-6697  
<mailto:presse@gruene.at>

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/100/aom>

\*\*\* OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER  
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT \*\*\*

---

## JUGENDSCHUTZ / JUGENDWOHLFAHRT

---

### **Windbüchler: Vollständige Vereinheitlichung des Jugendschutzes bringt Transparenz**

Utl.: Unbegrenzte Ausgehzeit ab 16 sinnvoll! =

Wien (OTS) - "Es darf nicht sein, dass der dringend notwendige, vereinheitlichte Jugendschutz für ganz Österreich wieder bei den Fragen Alkoholkonsum und Ausgehzeiten stecken bleibt. Wenn Verbote und restriktive Jugendschutzbestimmungen in den Ländern dazu nützen würden, dass Jugendliche unter 16 Jahren nicht rauchen oder gebrannten Alkohol erwerben, dann wäre das jetzt schon so!", betont Tanja Windbüchler-Souschill, Jugendsprecherin der Grünen. "Die Vereinheitlichung soll jungen Menschen in erster Linie transparent aufzeigen, welche Rechte und Pflichten sie österreichweit haben. Kein Jugendlicher schaut auf die Landesgrenze", verweist Windbüchler-Souschill etwa auf die Funsport Region Semmering, wo verschiedene Bestimmungen gelten.

Zusätzlich ist die Jugendschutzbestimmung die gesetzliche Grundlage für Gastronomiebetriebe und Supermarktketten. "Wenn die Länder den Alkoholkonsum eindämmen wollen, dann haben sie zu kontrollieren. Und zwar vor allem bei jenen, die Alkohol und Zigaretten an unter 16jährige verkaufen? Dann würde sich eine Diskussion über Ausgehzeiten erübrigen", stellt Windbüchler-Souschill fest.  
Rückfragehinweis:

Mag. Reinhard Pickl-Herk  
Tel.: +43-1-40110-6707  
[presse@gruene.at](mailto:presse@gruene.at)

\*\*\* OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER  
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - [WWW.OTS.AT](http://WWW.OTS.AT) \*\*\*

(NÖ) - "Die in Dornbirn erzielte Einigung beim Jugenschutzgesetz zeigt die gute Qualität des niederösterreichischen Jugendschutzes, denn eine Änderung der niederösterreichischen Gesetzeslage ist nicht nötig. ...

## MÄNNER IM KINDERGARTEN

### **Deutschland-Statistik: Anteil der männlichen Kindertagesbetreuer leicht gestiegen – aber nur 3,5% der Beschäftigten in Kindertagesbetreuung sind männlich**

WIESBADEN – Nach wie vor ist der Anteil der Männer, die beruflich in der Kindertagesbetreuung tätig sind, relativ gering – allerdings zog es in den letzten Jahren etwas mehr Männer in diesen Beruf. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) mitteilt, waren im März 2010 in Deutschland rund 15 400 Männer unmittelbar mit der pädagogischen Betreuung von Kindern in einer Kindertageseinrichtung befasst oder als Tagesvater aktiv. Gegenüber März 2007 ist das eine Steigerung um 39%. Damit ist der Anteil der Männer an allen Beschäftigten in Kindertagesbetreuung in diesen drei Jahren von 2,9% auf 3,5% in 2010 gestiegen.

14 400 der insgesamt 15 400 in der Kindertagesbetreuung tätigen Männer arbeiteten in einer Kindertageseinrichtung. Der Anteil der Männer in Tageseinrichtungen – bezogen auf alle dort tätigen Personen – lag somit bei 3,6%. Den höchsten Männeranteil gab es in den beiden Stadtstaaten Hamburg (9,4%) und Bremen (9,1%). Deutlich geringer war der Anteil in Thüringen und in Sachsen-Anhalt (jeweils 1,8%).

Zudem waren etwas mehr als 1 000 Männer in der Kindertagespflege als Tagesvater tätig. Der Anteil der Tagesväter an allen Tagespflegepersonen lag bei 2,5%. Auch bei der Tagespflege sind die Hamburger Männer gemeinsam mit den Männern in Berlin und Sachsen-Anhalt mit einem Anteil von jeweils 5,4% relativ stark vertreten.

Weitere Auskünfte gibt:  
Zweigstelle Bonn,  
Dorothee von Wahl,  
Telefon: (0611) 75-8167,  
[www.destatis.de/kontakt](http://www.destatis.de/kontakt)

## PÄDAGOGISCHE HOCHSCHULEN, UNIVERSITÄTEN

Übersicht

Inskription

- **Siehe auch: Niederösterreich will Lehrer-Uni**
- **Siehe auch: Schwarzer Ärger über Schmied**
- **Siehe auch: Graz: Neues "Fachdidaktikzentrum Religion" eröffnet**
- **Siehe auch: Lehrer sollen Umgang mit Begabten lernen**
- **Siehe auch: Beratung: Damit Schule die Lehrer nicht krank macht**
- **Siehe auch: TIROL**

## PARLAMENT UND ÖFFENTLICHE INSTITUTIONEN

### **"Österreich morgen" - Fragen zur Bevölkerungsentwicklung Diskussionsveranstaltung im Parlament**

Wien (PK) - Die demografische Entwicklung Österreichs vor dem Hintergrund steigender Lebenserwartung und niedriger Geburtenraten stand heute im Mittelpunkt einer von der Journalistin Anneliese Rohrer moderierten Diskussionsveranstaltung, zu der Nationalratspräsidentin Barbara Prammer in den Budgetsaal des Parlaments eingeladen hatte. Ein Impulsreferat des Direktors des Wiener Instituts für Demografie Wolfgang Lutz gab dabei den Anknüpfungspunkt für eine Publikumsdiskussion, bei der Vertreterinnen und Vertreter der Parlamentsfraktionen ihre Standpunkte zur Frage "Österreich morgen. Welche Gesellschaft wollen wir?" darlegten.

#### **Wolfgang Lutz: Bildung als entscheidender Zukunftsfaktor**

Wolfgang Lutz sah Österreichs Zukunft vor allem unter dem Blickwinkel der Bildung. Im globalen Wettbewerb werden Investitionen in die Bildung der breiten Bevölkerung und gleichzeitig auch in die Spitzenforschung der Schlüssel für die Sicherung unseres Wohlstandes sein, war er überzeugt. Die Statistik zeige, dass Menschen mit mehr Bildung gesünder leben, in einem höherem Ausmaß und auch länger erwerbstätig sind und damit mehr zum Wohlstand der Gesellschaft beitragen. Unverzichtbar sei die Bildung ferner für die Integration der Zuwanderer. Schließlich führe Bildung auch, wie der Professor

unter Hinweis auf ausländische Beispiele betonte, zu mehr und besserer Demokratie. Ein Blick auf die Entwicklung der letzten Jahre legte für Lutz den Schluss nahe, dass es nach einem anfänglichem Aufholprozess mittlerweile zu einer Stagnation im Bildungsbereich gekommen sei.

#### **Elisabeth Hakel: Mehr Chancengleichheit in der Bildung**

Abgeordnete Elisabeth Hakel (S) brachte ihre Wünsche für das Österreich der Zukunft vor: In 20 Jahren sollte Österreich ein Vorzeigeland innerhalb der EU und beim PISA-Test Nummer 1 sein. Chancengleichheit in der Ausbildung dürfe nicht mehr vom sozialen Umfeld abhängen. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit sollte ebenso selbstverständlich sein wie die Väterkarenz, Kinderbetreuung dürfe kein Thema mehr sein. Weiters meinte sie, sie wünsche sich, dass sie im Jahr 2030 keine Projekte mehr zum Thema Anti-Rassismus veranstalten müsse.

#### **Gabriele Tamandl: Unternehmen müssen familienfreundlicher werden**

Abgeordnete Gabriele Tamandl (V) war sich des Stellenwerts der Bildung für die Zukunft Österreichs ebenfalls bewusst, gab aber weiters zu bedenken, der Fokus in Richtung universitäre Bildung dürfe die Lehrausbildung nicht in den Hintergrund drängen. Angesichts der immer flexibleren Arbeitszeiten brauche das Land darüber hinaus auch flächendeckende, flexible Kinderbetreuungsangebote. Die Unternehmen wiederum forderte Tamandl auf, kinder- und familienfreundlicher zu werden und auch Männern verstärkt die Chance zu geben, in Väterkarenz zu gehen. Bei der Integration sei auf das Verständnis der Sprache wert zu legen, bloßes Urlauberdeutsch reiche nicht aus, um im Erwerbsleben erfolgreich zu sein. Was die älteren Arbeitskräfte betrifft, mahnte Tamandl, man könne nicht immer nur ein höheres faktisches Pensionsantrittsalter fordern, ohne den älteren Menschen altersgerechte Arbeitsplätze anzubieten.

#### **Anneliese Kitzmüller: familienfreundliche Steuern, qualifizierte Zuwanderung**

Abgeordnete Anneliese Kitzmüller (F) plädierte dafür, durch ein gerechteres Familiensteuersystem Anreize zu schaffen, dass auch Österreicher mehr Kinder in die Welt setzen. Bei der Zuwanderung wiederum sei ihrer Meinung nach stärker auf die Qualifikation abzustellen. In diesem Sinne gelte es, höhere Anforderungen an die Migranten zu stellen. Wichtig war für Kitzmüller auch, dass das Bildungssystem durch die Zuwanderung keinen Einbruch erleide. Anliegen Kitzmüllers war überdies die Förderung des ländlichen Raums, um der Abwanderung in die Ballungszentren entgegenzuwirken.

#### **Karl Öllinger: Vermögen darf nicht über Zukunftschancen entscheiden**

Abgeordneter Karl Öllinger (G) sprach von Defiziten Österreichs in der Bildungspolitik und kritisierte, das Schulsystem sei nach wie vor stark selektiv. Seinen Vorstellungen zufolge sollte in Zukunft jedes Kind die Chance haben, sich nach seinen Fähigkeiten zu entwickeln, niemand dürfe zurückbleiben. Öllinger äußerte weiters auch den Wunsch, dass in 20 Jahren die Menschen wesentlich mehr Zeit haben, ihre Beziehungen zu leben und zu festigen. Von zentraler Bedeutung sei es darüber hinaus, die Bedürfnisse der älteren Menschen besser abzudecken. Insgesamt stellte Öllinger fest, er möchte nicht, dass im Jahr 2030 das Vermögen über die Zukunftschancen entscheidet.

#### **Robert Lugar: Demografie zwingt Politik zum Handeln**

Abgeordneter Robert Lugar (B) ortete angesichts der demografischen Entwicklung der Gesellschaft dringenden Handlungsbedarf. Wenn wir so weiter machen wie bisher, dann gefährden wir den gesellschaftlichen Zusammenhalt, warnte er. Gefordert sah Lugar die Politik dabei vor allem bei der Verbesserung des Bildungssystems, insbesondere auch bei der Förderung der Grundfertigkeiten der breiten Masse. Daneben werde es darum gehen, Anreize zu schaffen, damit auch besser Gebildete mehr Kinder bekommen. Klar war für Lugar zudem die Notwendigkeit der besseren Integration von Zuwandererfamilien bei der Bildung und am Arbeitsmarkt. In Sachen Pension sprach sich Lugar für eine längere Zeit der Erwerbstätigkeit aus, wobei er anmerkte, es sei nicht einzusehen, dass Menschen mit Anfang 50 schon in Pension gehen.

HINWEIS: Fotos von dieser Veranstaltung finden Sie - etwas zeitverzögert - auf der Website des Parlaments ([www.parlament.gv.at](http://www.parlament.gv.at)) im Fotoalbum.  
(Schluss)

Eine Aussendung der Parlamentskorrespondenz  
 Tel. +43 1 40110/2272, Fax. +43 1 40110/2640  
 e-Mail: [pk@parlament.gv.at](mailto:pk@parlament.gv.at), Internet: <http://www.parlament.gv.at>

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/172/aom>

\*\*\* OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER  
 INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT \*\*\*

**PLATTFORM EDUCARE**

- Selbstverständnis
- Förderungen
- Mitglieder
- Presse-Aussendungen

**UNSERE FINANZIELLEN UNTERSTÜTZER/INNEN**

Die *SponsorInnen*, ermöglichen mit ihrer Einzahlung auf unser

**Konten-Nummer: 09726603500,  
 Bankleitzahl: 12000 Bank Austria Unicredit Group  
 IBAN: AT94 1100 0097 2660 3500  
 BIC: BKAUATWW**

**von insgesamt € 10.155,00**

unser weiteres Engagement für die Elementarpädagogik in Österreich. Durch Anklicken des jeweiligen Logos kommen Sie direkt auf die Homepage der SponsorInnen!

Aus Datenschutzgründen sind die Zuwendungen der *Privatpersonen* (Mitglieder, SympathisantInnen, MultiplikatorInnen etc.) hier nicht aufgeführt. Sie tragen jedoch mit einer gemeinsamen

**Summe von € 1.905,00**

sehr wesentlich dazu bei, unsere Arbeit durchführen zu können.

**ALLEN HERZLICHEN DANK!**

SPONSOR/INNEN / TRÄGER/INNENEINRICHTUNG	LOGO	SPONSORRING
AKTION TAGESMÜTTER KFVT		€ 100,00
ARBEITERKAMMER OBERÖSTERREICH		€ 1.000,00
BERUFSGRUPPE VON KINDERGARTEN- UND HORTPÄDAGOGINNEN WIENS		€ 100,00
BERUFSGRUPPE DER PÄDAGOGINNEN IN KINDERBETREUUNGSEINRICHTUNGEN SALZBURGS		€ 100,00
BERUFSFÖRDERUNGSINSTITUT OBERÖSTERREICH		€ 500,00
BILDUNGSINSTITUT FÜR REGGIO-PÄDAGOGIK UND KREATIVE METHODEN		€ 30,00
BÖE - BUNDESVERBAND ÖSTERREICHISCHER ELTERNVERWALTETER KINDERGRUPPEN		€ 100,00

CHARLOTTE BÜHLER GESELLSCHAFT		€ 100,00
DIAKONIE - BILDUNG		€ 100,00
DIE GRÜNEN - PARLAMENTSKLUB		€ 200,00
GEWERKSCHAFT DER GEMEINDEBEDIENTETEN (ÖGB-GDG-KMSFB)		€ 100,00
HERZ-MARIEN-KLOSTER WIEN		€ 50,00
KINDERCOMPANY		€ 300,00
KINDERFREUNDE WIEN		€ 1.000,00
KINDERFREUNDE OBERÖSTERREICH		€ 500,00
KINDER IN WIEN		€ 500,00
KÖCK PRIVATSTIFTUNG		€ 1.000,00
KULTURVEREIN KAOS - TILMANN SCHLEICHER		€ 1.000,00
LEBENSILFHE ÖSTERREICH		€ 100,00
MEDIATION ELISABETH PARTL		€ 100,00
MONTESSORIHAUS WIEN-JOANELLIGASSE		€ 100,00
MONTESSORIHAUS WIEN-REISNERSTRASSE		€ 100,00
NEK - NIEDERÖSTERREICHISCHE ELTERNVERWALTETE KINDERGRUPPEN		€ 100,00
ÖSTERREICHISCHE KINDERFREUNDE BUNDESORGANISATION		€ 1.000,00
PERSONAL- UND ORGANISATIONSENTWICKLUNG IM KINDERGARTEN MAG. <sup>a</sup> HEIDI GEKLE-		€ 100,00

SCHNEEBERGER

<p><b>PIKLER-HENGSTENBERG-GESELLSCHAFT ÖSTERREICH</b></p>		<p>€ 100,00</p>
<p><b>PRIVATE PÄDAGOGISCHE HOCHSCHULE DER DIÖZESE LINZ</b></p>		<p>€ 150,00</p>
<p><b>PRIVATE PÄDAGOGISCHE HOCHSCHULE DER DIÖZESE LINZ - IFB ELEMENTARPÄDAGOGIK</b></p>		<p>€ 50,00</p>
<p><b>ST. NIKOLAUS KINDERTAGESHEIMSTIFTUNG DER ERZDIÖZESE WIEN</b></p>		<p>€ 500,00</p>
<p><b>VOLKSHOCHSCHULE WIEN-BRIGITTENAU INSTITUT FÜR KINDERGARTEN- UND HORTPÄDAGOGIK</b></p>		<p>€ 100,00</p>
<p><b>WALDORFBUND ÖSTERREICH</b></p>		<p>€ 120,00</p>
<p><b>WALDORF-SCHULVEREIN KÄRNTEN</b></p>		<p>€ 100,00</p>
<p><b>WIENXTRA</b></p>		<p>€ 20,00</p>
<p><b>Z.I.M. GMBH. - INTEGRATIVE MONTESSORI- KINDERGARTENGRUPPEN</b></p>		<p>€ 100,00</p>

**SPRACHE, SPRACHENTWICKLUNG, SPRACHFÖRDERUNG**

**Österreichweite Fortbildungsveranstaltung für den muttersprachlichen Unterricht**

**Thema:** Die Rolle der Erstsprache beim Alphabetisierungsprozess

**Veranstalter:** Referat für Migration und Schule im BMUKK und Pädagogische Hochschule Niederösterreich

**Zielgruppe:** muttersprachliche LehrerInnen aus ganz Österreich und mehrsprachige Lehrerteams der Grundstufe I (Vorschule, 1. und 2. Schulstufe)

**Tagungs- und Unterbringungsort:** Bildungshaus St. Hippolyt, Eybnerstraße 5, 3100 St. Pölten, T +43 2742 352104-0, [hphaus@kirche.at](mailto:hphaus@kirche.at)

**Datum/Dauer:** Mittwoch, 30. November 2010, 14.00 Uhr bis Freitag, 2. Dezember 2011, 12.30 Uhr

**Veranstaltungsnummer** 311B1WWK00

**Anmeldung** für alle, die schon immatrikuliert sind: ab sofort bei [karin.wolf@ph-noe.ac.at](mailto:karin.wolf@ph-noe.ac.at)

**Teilnehmerzahl:** mindestens 30 und maximal 50

Alle definitiv angemeldeten TeilnehmerInnen erhalten zeitgerecht ein genaues **Programm**. Detailliertere Informationen finden sich im **Einladungsschreiben**, das allen muttersprachlichen LehrerInnen auch auf dem Postweg übermittelt wurde. Den beiden anderen Dokumenten können Sie Anleitungen zur **Immatrikulation** entnehmen.

- [Einladung \(pdf, 47 KB\)](#)
- [Immatrikulation als Studierende/r der Fortbildung \(bildlicher Leitfaden\) \(pdf, 565 KB\)](#)
- [Immatrikulation an weiteren PHs \(bildlicher Leitfaden\) \(pdf, 422 KB\)](#)

## VERANSTALTUNGEN UND EVENTS

Kindgemäße Pädagogik - Veranstaltungen und Events

Von: Kindergarten Aufstand [mailto:Kindergartenaufstand@gmx.at]  
Gesendet: Dienstag, 12. April 2011 12:08

### **aufständischer Start in den Frühling- Aktionstreffen 21.04.2011**

Liebe KollegInnen, liebe Eltern, liebe Solidarische!

Endlich ist der Frühling da und zeitgleich mit dem frischen Gras auf den Spielplätzen regen sich in uns auch wieder die Aufstandsgelüste - schließlich haben sich auch im Winter die Arbeitsbedingungen im Kindergarten nicht verbessert. Viele Medien schreiben plötzlich vom Pädagoginnenmangel aber niemand fragt sich, warum es trotz genug ausgebildeten KollegInnen so Wenige nach der Schule in die Kindergärten und Krippen zieht... Wir finden, die Öffentlichkeit und besonders die Eltern sollten mehr Einblick in die "Blackbox Kindergarten" bekommen und erfahren, dass 25 Kinder pro Gruppe zu viel sind, der Lohn zu niedrig und wir für die täglich steigenden Anforderungen an unsere Arbeit mehr bezahlte Vorbereitungszeit benötigen.

Es gibt schon einige konkrete Ideen, die wir auch mit wenig Ressourcen (Zeit, Energie und Geld) umsetzen könnten.. Nur soviel sei gesagt: Jede und Jeder kann ganz einfach (im vorbeigehen!) mitmachen und wer will benötigt Tixo oder Kleister dazu ;-)

Bist du neugierig geworden, willst dich einfach mit KollegInnen aus verschiedensten Betrieben zusammentun oder hast eigene aufständische Ideen, dann komm doch zum

**kreativen Aktionsplanungstreffen  
 am Donnerstag, 21. April  
 um 18 Uhr  
 Ort: WUK, 9. Währinger Straße 59.**

Wir freuen uns auf einen aufständischen Start in die neue Jahreszeit!

Dein Kollektiv Kindergartenaufstand  
[www.kindergartenaufstand.at](http://www.kindergartenaufstand.at)

## IMPRESSUM UND HINWEISE

### **Plattform EduCare**

#### **Postadresse:**

Krausegasse 7a/10  
1110 Wien  
ÖSTERREICH

Telefon: +43 (664) 73592265

Faxnummer: +43 (1) 7485469

Skype: 

E-Mail: [Informationsdienst@Plattform-EduCare.org](mailto:Informationsdienst@Plattform-EduCare.org)

#### **Diese Mitteilungen haben ausschließlich Informationscharakter.**

Die Plattform EduCare übernimmt daher keine Gewähr für Richtigkeit, Genauigkeit und Qualität der bereitgestellten Information. Eine Identifikation mit den Inhalten kann aus der Veröffentlichung nicht geschlossen werden, wir schließen jegliche Verantwortung für diese Zitierungen und die darin enthaltenen Inhalte aus.

**→ Diese Übersicht ergeht zur Information fallweise auch an in einzelnen Meldungen angeführte E-Mail-Adressen ←**

#### **Abmeldung von diesem kostenlosen Service**

Bitte schreiben Sie eine [Mail](#) mit Ihrem Namen und Ihrer E-Mail-Adresse, die in unserem Verteiler vorgemerkt ist. ev. einem kurzen Hinweis, wo wir Sie einordnen können. Danke!